

Bezugspreis: Täglich 70 Goldpfennig, monatlich 2,10 Goldmark, vierteljährlich 6,30 Goldmark, halbjährlich 12,60 Goldmark, jährlich 25,20 Goldmark. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Erläuterung und Kleinanzeigen“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 8. Mai 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 37536 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Teplitzstraße 10, Berlin SW 68

Der Kriesenkampf im Bergbau. Katastrophenpolitik des Unternehmertums.

Vor dem kritischen Termin des 15. April, an dem die Ricum-Verträge ablesen und ihre Erneuerung in Frage stand, drohten die Zechenbesitzer des besetzten Gebietes die offizielle deutsche Außenpolitik, die auf die Herbeiführung einer Verständigung über die Reparationsfrage abzielte, zu durchkreuzen durch die Stilllegung ihrer Betriebe, d. h. durch die Wiederaufnahme des Ruhrkampfes in anderer Form, wenn am 15. April nicht die Aufhebung der Ricum-Verträge auf Grund einer Neuregelung der Reparationsfrage erfolgt sei. Jetzt haben die Unternehmer im besetzten Gebiet in der Stunde, wo alle politischen Verhältnisse in Deutschland noch im Schwanken sind, einen Machtkampf gegen die Arbeiterschaft provoziert, der die Stilllegung der Kohlenzechen im besetzten Gebiet, ja vielleicht der gesamten Industrie nach sich zieht. Dieser Machtkampf geht in seiner Bedeutung weit über den Rahmen eines reinen Wirtschaftskampfes hinaus. Unabsehbare politische Folgerungen können sich aus diesem Kampfe ergeben.

Das Unternehmertum im besetzten Gebiet hat die Offensive gegen die Arbeiterschaft ergriffen, noch ehe die parlamentarische Entscheidung im neuen Reichstag über den inneren und äußeren politischen Kurs gefallen ist. Unterdrückung der Arbeiterschaft, schärfste soziale Reaktion, Abwälzung aller Lasten auf die Arbeiter, das ist der Kurs, den das Unternehmertum mit außerparlamentarischen Beweismitteln erzwingen will. Machtkampf und Unterdrückungswille des Unternehmertums im besetzten Gebiet haben einen Höhepunkt erreicht. Es hat nach dem Ende des passiven Widerstandes unter dem Druck der Ricum-Verträge und unter Ausnutzung der durch die Inflation hervorgerufenen Notlage der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen eine Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau erpreßt. Es hat gleichzeitig das Antreib- und Ausbeutungssystem in der schärfsten und brutalsten Form durchgeführt. Bei verlängerter Arbeitszeit und niedrigen Löhnen wird seit dem Ende des passiven Widerstandes im besetzten Gebiet Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft getrieben.

Ein nur zu verständlicher elementarer Ausdruck der Empörung der unterdrückten und mißhandelten Bergarbeiter hat sich gegen die Absicht gewandt, durch die Verlängerung der Arbeitszeit bei niedrigen Löhnen die Arbeiterschaft physisch und moralisch zu Boden zu drücken. Das Unternehmertum hat darauf geantwortet mit der Generalausperrung. Tiefgreifende wirtschaftliche, soziale und politische Folgen müssen sich aus diesem von den Unternehmern provozierten Kampfe ergeben.

Das Unternehmertum begründet seine auf die Verlängerung der Arbeitszeit abzielende Politik mit der Notwendigkeit, Mehrleistungen im Kohlenbergbau zur Erfüllung der Ricum-Verträge zu erzielen. Dieser Notwendigkeit, soweit sie offen zutage liegt und gerechtfertigt ist, hat sich die Arbeiterschaft des besetzten Gebietes nie verschlossen. Bei diesem Kampfe des Unternehmertums aber handelt es sich um ein anderes. Die Förderung im Kohlenbergbau des besetzten Gebietes hat im letzten Vierteljahr gewaltig zugenommen. Diese Zunahme ist zurückzuführen weniger auf die von den Arbeitern erpreßte Arbeitszeitverlängerung, als darauf, daß in der Zeit der Befreiung auf Kosten der Allgemeinheit der technische Betrieb verbessert worden ist. Zwischen dem Kohlenpreis und dem Kohlenlohn hat sich ein Rückgang des Braunkohlenpreises bemerkbar gemacht. Die Klagen über die Höhe des Kohlenpreises werden immer häufiger und dringender. Das Unternehmertum rechnet mit Ablasschwierigkeiten im Sommer, die zu Preiserhöhungen zwingen könnten, selbst wenn dabei die Gestehungskosten unterschritten werden müßten. Der Druck auf die Arbeitszeit, den das Unternehmertum jetzt ausübt, ist nichts anderes als der Versuch, durch erpreßte Mehrarbeit sich einer Gewinnreduktion zu entziehen. Das Unternehmertum hat durch die Ausperrung bei solchen Konjunkturaussichten nichts zu verlieren. Werden die Zechen stillgelegt, so sind keine Löhne zu zahlen, die Preiserhöhung wird verweigert.

Das ist neben den machtpolitischen Motiven des Unternehmertums ihr treibendes wirtschaftliches Motiv. Als Begründung für die Offensive gegen die Arbeiterschaft aber benutzt das Unternehmertum das Bestehen der Ricum-Verträge. Die Ausperrung der Bergarbeiter wird die Erfüllung der Ricum-Verträge unmöglich machen. Acht Tage Ausperrung bedeutet einen Förderausfall, der der Ricum-Voll eines Monats gleichkommt. Daraus können sich schwere politische Verwicklungen ergeben. Die Ricum erklärt heute schon, daß sie auf der Erfüllung der Lieferungsverpflichtungen

besteht und droht für den Fall der Nichterfüllung mit der Beschlagnahme weiterer Zechen. Statt einer Befreiung von den Ricum-Lasten eine neue Verschärfung der Situation im besetzten Gebiet. Die Verhandlung über die Ausführung des Gutachtens der Sachverständigen werden dadurch aufs neue erschwert.

Diese Ausperrung bedroht die gesamte deutsche Produktion. Schon nach wenigen Tagen wird sich der Kohlenmangel fühlbar machen. Die wirtschaftliche Folge davon wird entweder sein: Produktionskrise und Massenarbeitslosigkeit oder aber verstärkte Einfuhr englischer Kohle. In diesem Falle wird der Devisenbedarf sich gewaltig steigern und die Stabilität der deutschen Währung in schwerster Gefahr bringen. Der von den Unternehmern provozierte Kampf ist deshalb eine Erschwerung der Verständigung über die Reparationsfrage, ein neuer Anschlag auf die deutsche Wirtschaft und auf die deutsche Währung. Entgegen den Versuchen der Presse des Zechenkapitals, voran der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, diesen Kampf als einen Streik der Arbeiterschaft hinzustellen, muß mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß es sich um eine Ausperrung, um eine Pronotation der Arbeiterschaft durch das Unternehmertum handelt. Die Unternehmer haben den Kampf begonnen, noch ehe die Organe der Arbeiterschaft zur Entschließung zusammentraten. Sie haben bewußt und gewollt durch die Eröffnung des Kampfes die Lage verschärft. Sie haben sich gewissenlos darüber hinweggesetzt, daß ihr Vorgehen schwerste Gefahr für die deutsche Wirtschaft, die deutsche Währung, für die außenpolitische Stellung Deutschlands bedeutet.

Dieser Kampf ist ein Symptom für unsere innerpolitische Entwicklung in der nächsten Zeit. Das machtbewußte Unternehmertum des besetzten Gebietes sucht die Entscheidung auf außerparlamentarischem Gebiete. Es will die Arbeiterschaft aufs Anie zwingen, es will sich den Lasten der Erfüllungspolitik entziehen und sie auf die Schultern der Arbeiter wälzen. Es will einen ungeheuren sozialen Machtkampf, der in der heutigen Lage Deutschlands fast auf Selbstmord hinausläuft.

Die Folgen für die deutschen inneren Verhältnisse müssen verhängnisvoll sein. Der Ausgang der Reichstagswahl im besetzten Gebiet war bereits ein Symptom der Verzweiflung und der aus Verzweiflung geborenen politischen Verwirrung der Arbeiterschaft. Unter der Herrschaft der französischen Bajonette und der Zustände, die durch die Ruhrbesetzung hervorgerufen worden sind, ist die Arbeiterschaft des besetzten Gebietes hohlschwärzt worden.

Das Unternehmertum des besetzten Gebietes hat durch seine bisherige brutal-diktatorische Haltung den Arbeitern gegenüber diesen Prozeß gefördert. Es wird durch die Fortsetzung seines Machtkampfes gegen die Arbeiterschaft vollendet, was die französischen Bajonette begonnen haben. Dann wird auf Jahrzehnte hinaus eine Konsolidierung der deutschen Verhältnisse überhaupt unmöglich sein. Die Ricum-Verträge haben dem Unternehmertum die Möglichkeit und den Vorwand zu dieser Offensive gegen die Arbeiterschaft gegeben. Es ist die höchste Zeit, daß eine Befreiung über die Reparationsfrage herbeigeführt wird, die das besetzte Gebiet von der Last der Ricum-Verträge befreit. Das Vorgehen des Unternehmertums im besetzten Gebiet muß die Erreichung dieses Zieles gefährden. Es geht nicht an, daß die Machtkräfte und der brutale Herrenstandpunkt der Zechenbesitzer die deutsche Außenpolitik durchkreuzt und damit den Entscheidungen der Volksvertretung vorgreift! Darum handelt es sich. Darum ist diese große soziale Auseinandersetzung ein Ereignis von der größten politischen Tragweite. Hier wird praktisch der künftige Kurs der deutschen Politik bestimmt.

Die Ausperrung.

Bochum, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Als Antwort auf die Beschlüsse der Revierkonferenzen der Bergarbeiterverbände ist am Mittwoch der Gesamtausperrungsbeschluss des Bergbauvereins erfolgt. Demzufolge waren am Mittwoch früh die Tore der meisten Zechen des Ruhrgebietes geschlossen. Nach Meldungen aus Oberhausen sind die gesamten Belegschaften des Oberhauser Reviers ausgesperrt. Am Mittwoch früh sprachen im Bochumer Revier die Betriebsräte auf den verschiedenen Zechen vor. In den Verhandlungen mit den Werksleitungen wurde erklärt, daß die Belegschaften zur Arbeit bereit wären, jedoch unter Einhaltung der Beschlüsse der Revierkonferenzen der vier Bergarbeiterverbände. Die Werksleitungen

ließen zumeist durch die Betriebsführer erklären, daß vorläufig der Beschluß des Bergbauvereins maßgebend sei. Im Bochumer Revier wurde in der Frühschicht gearbeitet, so auf den Zechen des Harpener Bergbaues. Die Einfahrt erfolgte jedoch mit der Absicht, nach Beendigung der Siebenstundenschicht am Mittag wieder auszufahren. In den meisten Betrieben des Ruhrgebietes ruhte die Arbeit vollständig. Am Mittwochnachmittag trat die Arbeitsgemeinschaft im Ruhrbergbau in Essen zu einer Sitzung zusammen, um die Sachlage im Ruhrbergbau zu besprechen und entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Reichsarbeitsminister und Zechenverband.

Der Reichsarbeitsminister hat an den Zechenverband aus Anlaß der jetzigen Lage im Ruhrgebiet folgendes Telegramm gerichtet:

„Habe Bergarbeiterverbände gebeten, Mitglieder möglichst schnell über Rechtslage und Verbindlichkeitsklärung des Arbeitszeitstreits zu unterrichten, und bitte dringend, darauf hinzuwirken, daß Kampfmaßnahmen unterbleiben, falls einzelne Gewerkschaften aus falscher Beurteilung der Lage noch Widerstand gegen Arbeitszeitstreit leisten sollten. Bergarbeiterverbände legen Wert auf vertrauliche Behandlung ihrer Zustimmung zum Verhandlungsergebnis vom 3. Mai vor Stellungnahme der Revierkonferenzen.“ Reichsarbeitsminister.

Die Antwort des Zechenverbandes hat folgenden Wortlaut:

„Fast alle Belegschaften sind nach eingehender Unterrichtung über die neue Rechtslage durch Zechenverband Montag vorzeitig ausgefahren und damit heute fristlos entlassen. Arbeiterverbände haben bezüglich Unterrichtung der Arbeitnehmer nicht nur völlig versagt, sondern nach unseren Feststellungen sogar Betriebsräte angewiesen, vorläufig Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches nicht anzuerkennen und Durchführung der verkürzten Schiedseinstweilen durchzusetzen. Rechtslage unserer Auffassung nach durch Verbindlichkeitsklärung völlig klargestellt, unabhängig von etwaiger Stellungnahme der Parteien. Dennoch Verschärfung der Lage lediglich Schuld der bewußten Verschleppung durch Arbeiterverbände.“

Die Provokation durch die Unternehmer.

Eine Nichtigstellung der christlichen Bergarbeiter.

Essen, 7. Mai. (Ca.) Der Gewerkschaftsverband Christlicher Bergarbeiter Deutschlands gibt zur Ausperrung im Ruhrgebiet folgende Erklärung ab:

Von Arbeitgeberseite wird der Presse eine irrtümliche Mitteilung über die Ausperrung im Ruhrgebiet gemacht. Es wird so dargestellt, als wenn diese Ausperrung durch die Bergbauunternehmer erst am Dienstag, den 6. Mai, beschlossen und durchgeführt worden sei. Dagegen müssen wir im Interesse der Wahrheit protestieren. Tatsache ist, daß bereits am Montag, den 5. Mai, auf den meisten Zechen der Bezirke Hamborn, Essen, Gelsenkirchen, Bochum und Bottrop die Ausperrung erfolgte, bevor die Konferenzen der Verbände Stellung zu dem Hammer Schiedsspruch genommen hatten. Die Konferenzbeschlüsse der Gewerkschaften waren also noch nicht bekannt, als die Bergbauunternehmer mit den Kampfmaßnahmen begannen, obwohl das Reichsarbeitsministerium dringend die Unternehmer ersucht hatte, vor den Konferenzen von irgendwelchen Kampfmaßnahmen Abstand zu nehmen. Die Schuld an dem Konflikt im Ruhrbergbau trifft also im wesentlichen die Unternehmer. Die Ausperrung am Montag hat auf die Bergarbeiter aufreizend gewirkt und die schwierige Lage nur noch weiter verschärft.

Die Haltung der Angestellten.

Essen, 7. Mai. Die Technischen Verbände der Angestellten des Ruhrbergbaues (ATB), Gewerkschaftsbund der Angestellten, Gesamtverband Deutscher Angestelltenvereinigungen und Reichsverband Deutscher Bergbauangestellter) geben folgende Erklärung bekannt: Das arbeitsrechtliche Verhältnis der technischen Angestellten wird durch die gegenwärtig getroffenen Maßnahmen im Ruhrbergbau nicht berührt, und hieraus ergibt sich für die Mitglieder der obengenannten Verbände, daß sie etwaigen Aufforderungen zur Berrichtung von Notstandsarbeiten nachkommen.

Fretführende Meldung der Arbeitgeber.

Essen, 7. Mai. (ATB.) Von Arbeitgeberseite wird mitgeteilt: Die gestern verbreitete Meldung, daß die Zechenbesitzer des Ruhrbergbaues seit gestern abend 6 Uhr die gesamte Belegschaft ausgesperrt hätten, ist in dieser Form nicht ganz zutreffend. Die Zechenverwaltungen haben lediglich diejenigen Bergarbeiter, die sich weigerten, länger als sieben Stunden zu arbeiten, nicht zur Arbeit zugelassen. Sobald es technisch irgendwo möglich ist, werden Arbeitsunfähige beschäftigt.

Die Aussperrung in den sächsischen Revieren.

Die Lage in den sächsischen Kohlenrevieren ist ernst. Die Bestrebungen auf Festhaltung der Lebensstandards für Untertagearbeiter haben auch auf die staatlichen Bergwerke übergreifen. Heute ist die Aussperrung im ganzen sächsischen Steinkohlenbergbau allgemein durchgeführt worden.

Der ganze Ruhrbergbau ruht.

Düsseldorf, 7. Mai. (W.Z.) Der ganze Ruhrbergbau mit Ausnahme von wenigen Zechen ruht nunmehr. Von der Belegschaft sind heute mindestens 90 Prozent nicht eingefahren. Kleine arbeitswillige Gruppen haben sich nicht halten können.

Die gestern in Bochum von der kommunistischen Union für Hand- und Kopparbeiter abgehaltene Betriebsratsitzung hat bereits eine Kampfleitung von 15 Bergarbeitern eingesetzt, die sich zwar aus den verschiedenen Unionen zusammensetzen soll, in Wirklichkeit aber von Kommunisten, Unionisten und Syndikalistern maßgebend beeinflusst wird.

Die Folgen des Streiks haben sich bereits auf anderen Gebieten des Wirtschaftslebens bemerkbar gemacht. Infolge des Streiks auf der Zeche Rabbob ist die Gaszufuhr für die Stadt Münster unterbrochen worden.

Das halbamtliche Wolff-Bureau spricht von „Streiks“, trotzdem es sich um eine Aussperrung handelt. Der wahre Charakter dieses Kampfes läßt sich jedoch nicht verbergen.

Internationale Solidarität.

Amsterdam, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Aus Kreisen des Internationalen Gewerkschaftsbureaus verlautet, daß die Lohn- und Arbeitszeitbewegung der deutschen Bergarbeiter als außerordentlich wichtiger Vorgang für die internationale Bewegung um den Achtstundentag von der internationalen Arbeiterkammer mit größter Spannung verfolgt werde. Da die Lage im Ruhrgebiet augenblicklich noch außerordentlich unklar ist und keine offiziellen Berichte des Deutschen Bergarbeiterverbandes bei der Bergarbeiter-Internationale in London vorliegen, hat die Gewerkschafts-Internationale noch keine Beschlüsse über den Kampf um den Achtstundentag in Deutschland fassen können. Von maßgebender Seite des Internationalen Gewerkschaftsbureaus wird aber versichert, daß, falls die Lohn- und Arbeitszeitbewegung der deutschen Arbeiter sich in einen allgemeinen Kampf für den Achtstundentag ausweitert, die deutschen Arbeiter auf die weitestmögliche Unterstützung der Gewerkschaftsinternationale rechnen können. Im Fall der Ausdehnung der deutschen Bergarbeiterbewegung wird voraussichtlich der Ausführliche Ausschuss der Bergarbeiter-Internationale in nächster Zeit in Amsterdam zusammentreten.

Hungerpeitsche und Arbeitszeitverlängerung Die Lage der Bergarbeiter.

Ueber die Lage der Bergarbeiter seit dem Ende des passiven Widerstandes schreibt die „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 26. April:

„Unter Mißachtung aller vernünftigen wirtschaftspolitischen Grundzüge hat das Unternehmertum im Bergbau, unterstützt von der Reichsregierung bzw. dem Reichsarbeitsministerium, die Löhne gedrückt und die Arbeitszeit verlängert. Die Hungerpeitsche, die Angst vor der Arbeitslosigkeit erzwingt eine auf die Dauer unhaltbare Steigerung der Förderung im Bergbau.“

Die Arbeitszeitverlängerung hat in den verschiedensten Bezirken zu trostlosen Zuständen geführt. Zehn und zwölf Stunden Arbeit ist bei der Lastarbeit, daß überall Tausende von Arbeitern weite Wege oder Fahrten zur Arbeit haben, auf die Dauer unhaltbar. Im Helmstedter Revier sind die Kameraden mit langer Arbeitszeit von 3½ Uhr morgens bis 7½ Uhr abends unterwegs! Glaube ein Mensch, daß mit solchen Arbeitsläsen eine gesunde Wirtschaft erreicht werden kann!

Die Krankheitsfälle haben sich in den letzten Monaten überall ungeheuer gesteigert. Die Krankenunterstützung ist so gering, daß die Leute arbeiten, bis sie zusammenbrechen. Die Stellung dauert dann natürlich viel länger, als wenn der Arbeiter frühzeitig genug krankfiele. Hinzu kommt, daß vielfach krankfelernde Leute rückwärtslassen werden.

Die Antriebskräfte, die Schikanierungen auf den Werken sind in allen Bezirken unglaublich. Seit 30 Jahren, berichten die Kameraden, war es nicht so schlimm wie heute. Der Raubbau mit Menschen wird in unverantwortlicher Weise betrieben. Bergpolizeiliche Vorschriften werden nicht beachtet. Streckenausbau usw. wird vielfach ungenügend vernachlässigt. Als im Dezember und Januar die längere Arbeitszeit eingeführt, konnte man auf manchen Werken eine erhebliche Mißachtung beobachten, wenn die Wagen nicht genügend beladen oder die Badung unrein war, machte das nichts. Das Förderergebnis wurde so erheblich in die Höhe getrieben, im Februar und März zogen dann die Werke die Konsequenz, indem sie auf Grund der vormonatlichen hohen Leistung die Bedinge festlegten.“

Versammlungen der Ausgesperrten.

Keine Verzögerung der Notstandsarbeiten.

Gelsenkirchen, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch fanden überfüllte Versammlungen von Belegschaften der Zechen im Zentrum des Ruhrgebietes statt, in denen die Vorstandsmitglieder der verschiedenen Bergarbeiterorganisationen über die Lage referierten. Die Frage der Notstandsarbeiten wurde ausführlich behandelt. Von den Gewerkschaftsfunktionären wurde erklärt, daß sie sich insofern von selbst erledige, als die Verteilungen Notstandsarbeiten auf den Zechen nicht zulassen, weil diese Arbeiten von Steigern, Beamten und Angestellten notwendig ausgeführt würden. Jedenfalls könne keine Rede davon sein, daß die Notstandsarbeiten von den Bergarbeitern verweigert worden seien. Die Generalkonferenz der Kommunisten und Unionisten hat keinen Boden gefunden. In allen Versammlungen wurde vielmehr die Bereitwilligkeit zur Arbeit auf tarifrechtlicher Grundlage betont und besonders verlangt, die Bereitwilligkeit zur Arbeit, die jedoch durch das provokatorische Verhalten der Unternehmer sabotiert wurde, mit Nachdruck in der Öffentlichkeit zu verteidigen.

Eine von den Separatisten in Gelsenkirchen einberufene Bergarbeiterversammlung nahm einen sehr erregten Verlauf. Der Hauptredner Kammerer, ein bekannter Separatistischer Agitator, erklärte, daß die Micum in diesem Kampf auf Seiten der Arbeiter klüde, eine Behauptung, die von den anwesenden kommunistischen und freigeistlichen Vertretern entschieden bestritten wurde.

Am Donnerstagabend soll in Gelsenkirchen eine große Bergarbeiterversammlung aus Vertretern sämtlicher Gewerkschaften stattfinden, wobei eine Bergarbeiterkommission ernannt

werden soll, die sich nach Düsseldorf begeben wird, um dort die Stellungnahme der Micum zu dem Lohn- und Arbeitszeitkampf der Bergarbeiter kennenzulernen. Bisher verhält sich die Belegschaft vollkommen passiv.

Drohende Stilllegung der Metallindustrie.

Essen, 7. Mai. (Eca.) Die großen Werke der Metallindustrie werden schon in den nächsten Tagen durch die Auswirkung der teilsigen Lage im Ruhrbergbau insofern in Mitleidenhaft gezogen, als die vorhandenen Rohstoffmengen zur Aufrechterhaltung der Betriebe nur noch für einige Tage ausreichen.

Die Micum droht mit Beschlagnahme.

Essen, 7. Mai. (Eca.) Die die Telegraphen-Union erschüttert, will die Besatzungsbehörde dem Unternehmen nach sich keineswegs in den Streit zwischen Unternehmen und Bergarbeitern einmischen. Sie werde jedoch auf alle Fälle die Ruhe und Sicherheit aufrechterhalten und Ausschreitungen oder mutwillige Zerstörungen nicht dulden. Die Micum besteht auf die Durchführung der Reparationslieferungen an Kohle und will gegebenenfalls Beschlagnahmungen vornehmen oder aber sogar auch weitere Zechen der Regie einverleiben.

Ludendorffs „lügenhafte Entstellung“.

Er konnte nicht die Front und kann nicht den Mund halten. Landtagsabgeordneter Genosse Erich Kuttner schreibt uns:

Nach dem „Deutschen Tageblatt“ vom 7. Mai hat der Reichstagsabgeordnete Ludendorff in einer Rede, die er vor einer „deutschen Frauengruppe“ zum Dolchstoß-Thema hielt, auch die folgenden — im Bericht im Feuilleton hervor-gehobenen — Worte gesprochen:

Eine solche lügenhafte Entstellung ist auch die, die der „Vorwärts“-Redakteur Erich Kuttner verbreitet: Ich hätte am 9. Oktober 1918 im Kriegskabinett oder dem Staatssekretär Solf erklärt, wir könnten nicht mehr drei Monate die Front halten. Ich habe im Gegenteil klar und bestimmt ausgesprochen, daß wir zwar nicht die augenblickliche Stellung in Frankreich drei Monate halten könnten, daß wir aber recht gut in der Lage seien, unsere Grenzen auf unbestimmte Zeit zu verteidigen.

Die einzige konkrete Beziehung, die es für die Ludendorffsche Beschuldigung gibt, ist meine Schrift: „Der Sieg war zum Greifen nahe“. Dort heißt es in der 8. Auflage auf Seite 12:

Staatssekretär Solf erklärte in der Besprechung beim Reichstanzler vom 10. Oktober 1918 nach dem amtlichen Sitzungsprotokoll: „Ich habe Ludendorff gefragt: Können Sie noch drei Monate die Front halten? Ludendorff hat gesagt: Nein.“

Wenn Reichstagsabgeordneter Ludendorff diese Worte als „lügenhafte Entstellung“ bezeichnet, so muß ich dem offenbar ungenügend orientierten Herrn mitteilen, daß sie wörtlich dem amtlichen deutschen Weisbuch über die Vorgeschichte des Waffenstillstands (Amtliche Urkunden, herausgegeben im Auftrage des Reichsministeriums von der Reichstanzler) entnommen sind. Sie stehen in Nr. 39 dieser Urkundenammlung, dem Protokoll der Besprechung vom 18. Oktober 1918, das Herr Ludendorff in der Reichmar hobbingischen Ausgabe des Weisbuchs auf Seite 71/72 finden kann. Meine „lügenhafte Entstellung“ beschränkt sich also auf den genauen Abdruck einer amtlichen Urkunde, deren Wortlaut seit mehr als 5 Jahren der Öffentlichkeit bekannt ist, ohne bis heutigen Tages von Herrn Ludendorff bestritten zu sein. Sein jetziger Vorwurf zeigt allerdings, diese Stelle in noch größerer Ausführlichkeit abzurufen. Es handelte sich in der Besprechung vom 10. Oktober 1918 um die Herstellung einer deutschen Antwortnote auf die Wilsonsche Note vom 8. Oktober 1918. In dieser Note hatte Wilson ein Eingehen auf die deutsche Waffenstillstandsbitte von der sofortigen Räumung der besetzten Gebiete abhängig gemacht. Zu diesem Punkte führte Staatssekretär Solf aus:

2. Punkt. Es ist gestern nicht zum Abschluß gekommen. Ich habe Ludendorff gefragt, können Sie noch drei Monate die Front halten? Ludendorff hat gesagt: Nein. Darum wollen wir prinzipiell eingehen auf Räumung.

Staatssekretär Solf hat also Ludendorffs Urteil nicht beliebig zitiert, sondern um einen schwerwiegenden Entschluß, um die Räumung der besetzten Gebiete, damit zu begründen. Will General Ludendorff den Staatssekretär Solf beschuldigen, in einer derart folgenschweren Sache den Staatsrat über Ludendorffs Ansicht belogen zu haben?

Falls ja, so bin ich gern bereit, die Beweise zu erbringen, daß Solf die Ansicht Ludendorffs vollkommen richtig wiedergegeben hat. Aber ich glaube, Herr Ludendorff wird gar nicht antworten. Er wird sich in das bekannte undurchdringliche Schweigen hüllen, das ihm schon vor Jahr und Tag so wohl-anstand, als ich hier auf Grund der Ergebnisse des Jagow-Prozesses einen Artikel veröffentlichte, der mit den Worten begann und schloß: „Der General Ludendorff ist ein Hochverräter!“

Wilhelms „fette Enten“!

Verstümmelte Randglossen.

Die Reichsdiziplinarkammer in Potsdam beschäftigt gestern ein ganz eigenartiger Fall. Vor dem Kriege wurden regelmäßig von der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes für den Gebrauch des früheren Kaisers Zeitungsausschnitte gemacht. Diese Zeitungsausschnitte wurden dann mit S. R. unergänglichen Randbemerkungen zurückgeschickt. Am Rand befanden sich sehr häufig Äußerungen, wie „Blödsinn“, „Quatsch“, „fette Ente“. Zu der letzteren Bemerkung hatte Er dann immer auch noch eine Ente gezeichnet. Ein Teil dieser Randbemerkungen ist setzzeitlich in den Veröffentlichungen von Kautsky vermerkt worden. Diese Ausschnitte wurden in dem Archiv der Presseabteilung gesammelt.

Durch eine Angehörige des Auswärtigen Amtes, Vektorin für nordische Sprachen, Fräulein G., wurden zwei Beamte des Auswärtigen Amtes, ein Regierungsrat F. und ein Ministerialamtmann S., bezichtigt, etwa zwanzig dieser Ausschnitte an zwei finnische Staatsangehörige namens Adler im Jahre 1920 für 50000 Mark verkauft zu haben. In dem darauf eingeleiteten Disziplinarverfahren stellte sich heraus, daß ein Teil der Autogramme bereits durch die deutsche Gesandtschaft in Helsinki an das Auswärtige Amt zurückgegeben worden war.

In der gestrigen Verhandlung vor der Reichsdiziplinarkammer behauptete Regierungsrat F., daß er einige Ausschnitte mit Randbemerkungen der Vektorin G. zur Einsicht gegeben habe, und daß er sie trotz vielfacher Bemühungen nicht hätte wiederbekommen können. Schließlich habe Fräulein G. ihm erklärt, daß ihr die Notizen

von einem Ausländer weggenommen worden seien. Er habe dann die Ausschnitte durch die deutsche Gesandtschaft in Helsinki reklamiert und wiederbekommen. Der andere Angeklagte, Ministerialamtmann S., gab zu, daß er allerdings Autogramme des Kaisers durch Vermittlung der Vektorin G. verkauft habe. Diese stammten aber aus einem Geschäft in der Schönhauser Straße und seien von einer ihm befreundeten Dame zusammen mit Bildern von Ludendorff und Tirpitz gekauft worden.

R.-L. Bahn beantragte die Freisprechung beider Angeklagten, da die Besatzungszeugen nicht glaubhaft wäre. Außerdem stehe es fest, daß vielfach derartige Autogramme des Kaisers nicht eingetrogen, sondern in den Papierkorb geworfen worden seien. So daß es leicht möglich sei, daß sie in den Versteck gekommen wären. Die Reichsdiziplinarkammer erkannte gegen Regierungsrat F. auf Freisprechung, gegen Ministerialamtmann S. auf Dienstentlassung unter Belassung der halben Pension auf zwei Jahre. In dem Urteil wurde als strafschärfend hervorgehoben, daß die Randbemerkungen des Kaisers auf seinen Zeitungsausschnitten in der nordischen Presse sehr mißliebige Kommentare und heftige Angriffe gegen Deutschland hervorgerufen hätten.

Es ist selbstverständlich, daß Beamte, die amtlich ihnen anvertrautes Material zum Handelsobjekt machen, disziplinarisch zur Rechenschaft gezogen werden müssen. Aber die Begründung des Urteils scheint uns abwegig zu sein. Warum es strafschärfend wirken muß, wenn der frühere allmächtige Hohenzoller einmal in Selbstphotographie gezeigt wird, vermögen wir nicht zu begreifen. Uns interessiert vielmehr die Frage, was wohl die Beamten des Auswärtigen Amtes über die glorreiche Majestät gedacht und geredet haben mögen, wenn sie solche Randglossen zu Gesicht bekamen. Sie haben sicher Uebermensches geleistet, daß sie solche Urkunden mißbeliminischer Rarität nicht schon zu seiner Amtszeit der Öffentlichkeit übergeben. Sicher hätten damals auch die deutschen „Unterthanen“ daran ihre Freude gehabt.

Der neue bayerische Landtag.

Die Sozialdemokraten stehen an zweiter Stelle.

München, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Wenn auch die amtliche Feststellung des Wahlergebnisses im bayerischen Landtag erst in der nächsten Woche erfolgt, so läßt sich jetzt schon mit Sicherheit die Zusammensetzung des neuen bayerischen Parlamentes angeben. Es erhalten: die Sozialdemokraten mit 514 954 Stimmen 23 Mandate, die Kommunisten mit 245 685 Stimmen 9 Mandate, die Völkischen mit 507 545 Stimmen 23 Mandate, die Vereinigte Nationale Rechte mit 278 098 Stimmen 11 Mandate, die National-liberale Landespartei mit 29 416 Stimmen 1 Mandat, die Bayerische Volkspartei mit 980 691 Stimmen 46 Mandate, das Zentrum mit 54 619 Stimmen 2 Mandate, die Bauerngruppe Kratochwil mit 23 016 Stimmen 1 Mandat, der Bayerische Bauernbund mit 207 402 Stimmen 10 Mandate, die Demokraten mit 94 786 Stimmen 3 Mandate.

Neun weitere Wahloorschläge, darunter auch der der Deutschen Volkspartei mit zusammen 38 903 Stimmen sind bei der Mandatsverteilung leer ausgegangen. Bemerkenswert an dem Ergebnis ist, daß die Sozialdemokratie bei gleicher Fraktionsstärke mit den Völkischen ein Mehr von über 7000 Stimmen hat und damit Anspruch auf den ersten Vizepräsidenten des Landtags machen kann. Ferner ist von Interesse, daß der Bauernbund ein Mandat mehr erhält als die Kommunisten, trotzdem diese 38 000 Wähler mehr zählen können. Der eine Abgeordnete der National-liberalen Landespartei wird sich der Vereinigten Nationalen Rechte anschließen, so daß die deutschnationalen Fraktion 12 Mitglieder umfaßt. Auch die Gruppe des Zentrums wird durch Anschluß des Abgeordneten Kratochwil ihre Zahl auf 3 steigern. Die alte Koalition aus Bayerischer Volkspartei, Deutschnationalen und Bauernbund verfügt also im neuen Landtag nur mehr über eine Majorität von 3 Stimmen, während sie im alten Landtag von 158 Sitzen 94 inne hatte.

Schweyer verbietet Schwarz-Weiß-Rot.

Polizeikampf gegen Völkische und — Kinder.

München, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Minister des Innern, Dr. Schweyer, hat in den letzten Tagen verschiedene Anordnungen getroffen, die ihn bei den Völkischen noch verächtlicher machen als er bisher war. Nach dem Verbot der Schwarz-weiß-roten Farben hat er über den vom Staatsanwalt freigegebenen völkischen Abgeordneten Kner die Schughaft verhängt und ihn nach Landberg transportieren lassen. Ferner hat er den „Völkischen Kurier“ auf 8 Tage verboten, weil er bayerische Regierungsmitglieder in Zusammenhang mit Untrieben zur Errichtung einer Donaumonarchie brachte. Am Mittwoch hat Dr. Schweyer Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur des „Völkischen Kurier“, den ehemaligen Hauptmann Weiß, gestellt, weil dieser den Minister wegen seiner Rede in Kampfen des Hoch- und Landeserrats bezichtigt hat.

München, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die bayerische Polizeiwilke hat eine neue erstaunliche Blüte getrieben. Ihr sprichwörtlicher Haß gegen die Sozialdemokraten richtet sich nunmehr auch gegen den Arbeiterverein „Kinderfreunde“. Dieser Verein, der vor einigen Jahren zum Schutz und zur Hilfe der proletarischen Kinder gegründet wurde und heute etwa 1000 Kinder umfaßt, wollte am 18. Mai ein Kinderfest im Volkspark abhalten und die Kinder in geschlossenem Zug durch die Stadt dorthin führen. Dieser gemeinsame Spaziergang der drei- bis zehnjährigen Kinder hat der Polizeipräsident verboten mit der Begründung, daß er den Verein „Kinderfreunde“ als politischen Verein (!) ansehen müsse, auf den die Verordnung des Generalkonsultationskommissars vom 27. September 1923 zutreffe. Die Abhaltung des Kinderfestes selbst sei erlaubt, doch dürften dabei keine politischen Reden gehalten werden, auch müßte das Programm des Festes der Polizeidirektion zur Genehmigung vorgelegt werden.

München, 7. Mai. (W.Z.) Das Volksgericht beschäftigte sich heute mit der Ende Februar erfolgten Auffindung eines kommunistischen Waffenlagers im Aubingerntos bei München, wo in dem Anwesen des Schneiders Steiniger außer Waffen auch ein halber Zentner Sprengstoff von den Kommunisten verborgen worden war. Den Sprengstoff hatten die kommunistischen Kuriers Wittmann und Bäuml aus Stuttgart bei der dortigen Kompletierung geholt; er sollte dazu dienen, das damalige Borgehen gegen Sachsen zu verhindern. Das Volksgericht verurteilte Steiniger, der taubstumm ist und offenbar zu kommunistischen Zwecken mißbraucht wurde, zu zwei Monaten, Bäuml zu sechs Monaten und Wittmann zu acht Monaten Gefängnis.

München, 7. Mai. (W.Z.) Wegen Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt verurteilte das Volksgericht drei Redakteure der völkischen „Deutschen Presse“, Scheidter, zu 600 Mark Geldstrafe. Scheidter hatte damals in einem Leitartikel erklärt, daß die Verurteilung Hitlers nicht hingenommen werden könne.

Die Reichstagswahlen in Baden.

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben:
Die Wahlen verliefen in Baden ruhig. Die Sozialdemokratie erhielt zwei Mandate; die Genossen Ged. Mannheim und Schöpflin-Karlsruhe sind demnach wieder gewählt. Das Zentrum erhielt fünf Mandate, darunter den früheren Reichstanzler Dr. Birth; die Demokraten wieder zwei Mandate, den früheren Minister Dietrich und (durch württembergische Restimmen) den bisherigen Reichstagsabgeordneten Dr. Haas; Kommunisten, Landbund, Volkspartei, Deutschnationale je ein Mandat; die Bäckischen brachten nur 46 000 Stimmen auf.

Die babilischen Ergebnisse muß man mit den im Herbst 1921 stattgefundenen Landtagswahlen vergleichen, bei denen schon die in den letzten Jahren einsetzende Rechtschwenkung sichtbar wurde. Damals hatte die Sozialdemokratie rund 204 000 Stimmen erhalten, dagegen waren die Unabhängigen von 102 000 auf 27 000 gesunken gegenüber den Reichstagswahlen von 1920. Die Kommunisten hatten 1920: 14 000, 1921: 35 000 Stimmen gezählt; jetzt errangen sie 95 000 Stimmen.

Man hatte in Baden in den Reihen der Partei gehofft, vielleicht doch noch drei Mandate zu erhalten. Das starke Abflauen der sozialdemokratischen Wählerstimmen in Baden ist — neben den allgemeinen Gründen — auch zu einem Teil darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil der verärgerten Beamten zu der Volkspartei stieß, die in Baden nicht in der Regierung sitzt, und ein wesentlicher Teil der Arbeiterschaft durch die Heße gegen den babilischen sozialdemokratischen Innenminister Kimmich, wie sie von Seiten der Kommunisten betrieben wurde, in das Lager des Radikalismus abgewandte. Stärkste Partei ist in Baden nach wie vor das Zentrum mit 325 000 Stimmen; ihm folgt dann die Sozialdemokratie mit 142 783 Stimmen, als dritte Regierungspartei kamen die Demokraten mit 73 000 Stimmen. Natürlich ist durch die Wahl auch die Frage der Koalition in Baden neu gestellt: die Deutsche Volkspartei sieht sich schon längere Zeit nach der „Butterkrippe“. Ein zwingender Grund zu einer Aenderung ist aber durch den Wahlausfall nicht gegeben; die Entscheidung liegt aber in den Händen des Zentrums. Im übrigen darf auf Grund übereinstimmender Beobachtungen im Wahlkampf gesagt werden, daß bei energischer Weiterarbeit bis zu der im nächsten Jahr stattfindenden Landtagswahl die babilische Sozialdemokratie die Position von 1921 wieder erobern wird.

Badens Haushalt schuldenfrei.

Der babilische Staatspräsident Köhler erklärte, daß der Abschluß der Staatsfinanzen vom 31. März nicht nur keinen Fehlbetrag, sondern sogar einen kleinen Ueberschuß aufweise. Der Kredit des Landes sei durchaus ungeschwächt. Auf kulturellem Gebiet habe Baden trotz der großen Schwierigkeiten seine beiden Universitäten vollkommen intakt erhalten. In Baden gebe es weder Separatismus noch Partikularismus, wohl aber Gegner der Berliner Ueberzentralisation.

Ministerwahl in Mecklenburg.

Zwei Stimmen Mehrheit für Brandenstein.

Schwerin, 7. Mai. (WZ.) Die „Mecklenburgische Zeitung“ meldet: Bei der heutigen Wahl des Ministerpräsidenten im Mecklenburgischen Landtag wurden 63 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Freiherrn v. Brandenstein 24, auf Stellung 15, auf Höllein 8, auf Wendhausen 1 Stimme. 15 Zettel waren unbeschrieben. Da sich hiernach keine absolute Mehrheit für Freiherrn v. Brandenstein ergibt und die Zahl der übrigen Stimmen ebenfalls 24 beträgt, wurde eine Stichwahl notwendig. Bei der Stichwahl erhielten Freiherr v. Brandenstein 24, Stellung 22 Stimmen, 16 Zettel waren nicht beschriebenen. Ungültig war eine Stimme. Freiherr v. Brandenstein ist somit wieder gewählt. Da er sich nicht im Hause befand und infolgedessen seine Zustimmung nicht erteilen konnte, mußte auch die Wahl der Minister verschoben werden.

Unsere Reichstagsfraktion.

Außer den von uns bereits aufgeführten, bei der Reichstagswahl gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten, ist im Wahlkreis Siegen durch Listenverbindung die Genossin Anna Kemich gewählt. Außer ihr gehörten dem Reichstag folgende sozialdemokratische Frauenabgeordnete an: Klara Bohm-Schuch, Marie Juchacz, Toni Seiber, Johanna Reiche, Luise Schroeder, Lore Agnes, Mathilde Warm, Elise Bartels, Frau Dr. Margarete Stegmann, Kertzin.

Von den Mitgliedern der Fraktion sind folgende Abgeordnete neu in den Reichstag gewählt: Gustav Schumann, Steint; Pöschel, Steint; Karl Wendemuth, Breslau; Otto Buchwitz, Götting; A. Fröhlich, Weimar; Dr. Julius Leber, Lübeck; M. Richter, Neumünster; F. Nowak, Harburg a. d. E.; Paul Junke, Braunschweig; Fr. Effenmann, Bochum; C. Kischmann, Köln a. Rh.; H. Linbergh, Essen (Ruhr); C. Auer, München; H. Ströbel, Weimar; Frau Dr. Margarete Stegmann, Kertzin, Dresden; M. Seydewitz, Jülich; Fr. Rohmann, Stuttgart; P. Grafmann, Berlin; A. Hülferding, Berlin; A. Soenger, München; M. Schnabel, Hersfeld.

Wann tritt der Reichstag zusammen?

Der für die Einberufung des Reichstags genannte Termin des 22. Mai steht noch nicht bestimmt fest. Der noch amtierende Reichstagspräsident Böbe besprach gestern vormittag mit dem Reichstanzler die Frage der Einberufung. Der Termin hängt davon ab, wann der Reichswahlleiter die amtliche Liste der gewählten Abgeordneten endgültig abschließen kann. Präsident Böbe nimmt jetzt an, daß die Einberufung des neuen Reichstags etwa zwischen dem 23. und 26. Mai erfolgen kann. Der Reichstanzler hatte mit dem Reichspräsidenten eine Unterredung.

Der erste Schutzoll.

Der Zoll für Weisstärke wird erhöht.

Die Reichsregierung hat ihre Absicht, dem deutschen Weisse Schutzölle zu gewähren und auf diese Weise heimische Produkte künstlich zu verteuern, auf einen an sich unbewohnten Teilgebiete der deutschen Wirtschaft, der Weisstärkeindustrie, bereits durchgeführt. Ansch. dazu hat ihre die Erhöhung von Zöllen auf gewisse Luxuswaren, gegen die vom Standpunkt der Sozialdemokratie nichts einzuwenden ist.

Der Reichstagsausschuß für die Wahrung der Rechte der Volksvertretung (Ueberwachungsausschuß) beschloß sich gestern mit einem Verordnungsentwurf über Aenderung und Wiedereinführung von Zöllen. Der Aussch. beschloß entsprechend der Regierungsvorlage, den Zoll für diejenigen Waren der Tarifnummer 44 des Zolltarifs (getrocknete Stämme, Blätter, Gräser usw.) aufzuheben, die von Gewerbetreibenden zur Be- oder Verarbeit. im eigenen Betrieb eingeführt und nach der Veredelung in überwiegender Menge nach dem Ausland wieder ausgeführt werden. Außerdem beschloß der Aussch. ent-

Das große Wunder.

Hergts wunderbare Belehrung zur Erfüllungspolitik.

„Ein Wunder, ein Wunder, ein Wunder ist gekommen“, singt der Chor in Vohengrin beim Erscheinen des Schwannentritters. Kechnlich begrüßt der Chor der Presse die neuesten Erklärungen des deutschnationalen Parteiführers. Herr Hergt hat bekanntlich als Erfolg seiner Reichstanzlerschaft „ein großes Wunder“ angekündigt. Nun findet man allgemein, daß sich dieses Wunder schon vollzogen habe — durch die Wandlung des Herrn Hergt. „Vom Saulus zum Paulus!“ schreibt die volksparteiliche „Zeit“.

Das „Berliner Tageblatt“ glaubt feststellen zu können, daß Herr Hergt glatt auf dem Boden der bisherigen Regierungspolitik gelandet sei. Kechnlich urteilt die „Zeit“, sie meint, Stresemann sei als Außenpolitiker nicht nur nicht geschlagen, wie Hergt behauptete, sondern er habe vielmehr „einen ganz großen Erfolg“ erzielt, da sich der Führer der Opposition nach den Wahlen sofort zu seiner, Stresemanns, Politik bekannt habe. Allerdings bezweifelt die „Zeit“, daß Hergt mit seiner Auffassung in seiner Fraktion durchbringen werde.

Die „Börsische Zeitung“ indes weist zutreffend auf den großen Haken hin, auf die Vorbehalte und Bedingungen, an die sich Hergt noch zu klammern versuche. Der Bericht sei ein unteilbares Ganzes, werden Vorbehalte gemacht, so werde das auf beiden Seiten geschehen, und dann sei 1000 gegen 1 zu wetten, daß Poincaré mit seinen Vorbehalten durchdringen werde und nicht Hergt.

Auch die „Germania“, das Zentrumsblatt, stellt die große Wandlung des deutschnationalen Parteiführers fest. Sie bezeichnet es als die Grundforderung des Zentrums, daß der bisherige Kurs der Außenpolitik weitergesteuert werde, und meint: Wenn sich die Deutschnationalen jetzt zu der von ihnen bisher bekämpften Politik bekennen sollten, bestünden für das Zentrum keine in diesem Augenblick bringende Bedenken grundsätzlicher Art, dem Stimmenzuwachs der Deutschnationalen Rechnung zu tragen. Solche „bringende Bedenken“ werden aber für die „Germania“ durch eine andere Stelle in der Erklärung Hergts hervorgerufen, auf die sie besonders aufmerksam macht und die folgendermaßen lautet:

Wir brauchen eine Regierung, die Bestand verspricht und von Bestand kann nur eine Regierung sein, die sich auf die starken Kräfte der Deutschnationalen Volkspartei stützt. Wie sich das formal entwickeln wird, das ist mir und das ist unserer Partei recht nebensächlich. Wir sind nun einmal die stärkste Partei im neuen Reichstag und in ruhiger Selbstsicherheit sehen wir den entsprechenden Schritten der zuständigen Stelle entgegen.

Die „bringenden Bedenken“ der „Germania“ sind allerdings durchaus gerechtfertigt, und es ist gut, daß gerade ein mittelparteiliches Blatt auf diese heikle Frage hinweist. Ehe ein Deutschnationaler an die Regierung herangeflossen wird, muß er auf Herz und Nieren geprüft werden, ob er die ihm anvertraute Macht nicht in verfassungswidriger Weise mißbrauchen wird. Unzulässige Schuld würden die Mittelparteien auf sich laden, wenn sie etwa einer Putzregierung in den Sattel helfen wollten.

Auf der anderen Seite ist Max Maurenbrecher, der „Börsisch-Deutschnationale“, in seiner „Deutschen Zeitung“ ziemlich aus dem Häuschen. Die Partei, sagt er, würde sich ihr eigenes Grab graben, wenn sie dem Parteivorstandigen folgte. Hergt rühme die Deutschnationalen gegenüber den Bäckischen, mit denen er jedes Zusammenarbeiten ablehne, vor dem Ausland (!) als die „Besonnenen“, das müsse „eigentümliche Nebengefühle“ wecken. Hergt wolle nach mittelparteilicher Art mit aussichtslosen Verhandlungen beginnen und „verwässere den furor tautonicus“, anstatt die nationale Leidenschaft gegen das zweite Versailles zu entfachen. Helferrichts Schatten wird heraufbeschworen, um mit der drohenden Warnung zu enden, Herr Hergt könne auf diese Weise „höchstens seine eigene Partei in zwei Hälften auseinanderbrechen sehen.“

Dem unparteilichen Beobachter drängt sich die Frage auf, ob eine innerlich so wenig gefestigte Partei wirklich herufen ist, die Führung zu übernehmen.

Aber die Geschichte wird noch wunderbarer! Auch die „Kreuz-Zeitung“ fückt von Hergt ab — sachte, aber merklich. Sie tut es, indem sie seine Erklärung in ihr gerades Gegenteil verkehrt und versichert: es gehe aus ihr hervor, daß die Stellung der Deutschnationalen vollkom-

men unverändert geblieben sei. Sie wirft dann die Erklärung Hergts vollkommen über den Haufen, indem sie ihre „Vorbehalte“ folgendermaßen formuliert:

Es sei nur an die Räumung des Ruhrgebiets und an die Freilassung der Gefangenen erinnert. Es wird natürlich notwendig sein, diese Vorbehalte scharf zu fixieren, falls es zu Verhandlungen mit anderen Parteien über eine Kabinettsbildung kommt. Gleichzeitig werden die Punkte festgelegt werden müssen, die einer Aenderung im Sachverständigenrat bedürfen, wobei in erster Linie an die Kontrollmaßnahmen und an die umtragbare Internationalisierung der Eisenbahnen erinnert sein möge, ohne auf Einzelheiten einzugehen.

Eine derartige Formulierung des Vorbehalts sieht einer Ablehnung des Berichts ähnlich wie ein Ei dem andern. Es sei zum Ueberdruß wiederholt, daß Aenderungsanträge zu den Vorschlägen selbst, die ein „unteilbares Ganzes“ darstellen, keine Aussicht auf Annahme haben. daß bei Verhandlungen über sie nichts Gutes herauskommen kann und daß auf diese Weise nichts erreicht wird als ein bequemer Vorwand für Poincaré, im Ruhrgebiet zu bleiben und alles beim alten zu lassen.

Das wäre also „das große Wunder“, das Herr Hergt mit seiner selbstgefälligen Geschwätzigkeit erreicht hätte! Er hat in alle Feitnäschen getreten, alle Stühle umgeworfen und alles erreichbare Porzellan zertrümmert.

Die anderen Parteiführer üben Zurückhaltung. Hergt kann es nicht halten. Er muß schwächen — wie sein einstiger Chef Wilhelm II.

Das ist Hergt. Reichstanzler in spe? Oder Parteiführer a. D.?

Poincaré wünscht Kanzler Hergt.

Paris, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die französische Presse beschäftigt sich sehr eingehend mit der Frage der Regierungsbildung in Preußen. Die nationalistischen Organe betrachten es als selbstverständlich, daß nur eine Koalition der bürgerlichen Parteien mit den Deutschnationalen an der Spitze zustande kommen könne. In diesem Zusammenhang wird angenommen, daß die Deutschnationalen auf diese Weise sehr schnell abgewirtschaftet haben dürften und dann bei einer Auflösung des Reichstags die gemäßigten Parteien das verlorenen Terrain zurückgewinnen würden. So gibt eine Berliner Depesche des „Echo de Paris“ der Auffassung Ausdruck, daß der neue Reichstag nicht lebensfähig sei. Wenn die Reaktion ans Ruder kommen werde, so würde sie in zwei Monaten nicht nur ihren Kredit im Innern ruinieren, sondern auch die ganze Welt erneut zu einer Einheitsfront gegen Deutschland zusammenschweißen haben. Nach diesem Experiment aber werde das deutsche Volk wahrscheinlich sanft gelernt haben, daß die Neuwahlen ganz anders ausfallen würden. Im Gegensatz dazu glaubt der sozialistische „Populaire“, daß die einzig mögliche Parteienverbindung, die im neuen Reichstag in Frage komme, die große Koalition zwischen Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Volkspartei sei, die die Durchführung des Sachverständigenplanes zu ihrem Programm machen könne.

Hergt werde deutscher!

Paris, 7. Mai. (Eig. Drahtber.) Der „Temps“, der in Herrn Hergt den künftigen deutschen Kanzler sieht, kommentiert dessen im „Volk-Anzeiger“ veröffentlichte Ausführungen über die Einstellung der Deutschnationalen zum Programm Dawes, in denen von gewissen Vorbehalten die Rede war. Das Blatt meint, es genüge nicht, diese Vorbehalte anzukündigen, Herr Hergt müsse auch sagen, welcher Art sie seien. Wenn man die „Deutsche Tagesztg.“ darüber zu Rate ziehe, so müsse man zu der Ueberzeugung gelangen, daß diese Vorbehalte der Nationalisten auf die Sabotierung des Sachverständigenplanes hinauslaufen. Wolle Herr Hergt damit nicht identifiziert sein, so müsse er sich recht klar über die von ihm gemachten Reserven aussprechen. Denn sowohl die Gläubiger Deutschlands wie auch diejenigen Länder, die mit Deutschland Handel treiben, müßten sich bald Klarheit darüber schaffen, ob die von den Sachverständigen empfohlene Lösung Aussicht habe, von Deutschland angenommen zu werden oder nicht, und vor allem, ob die 800-Millionen-Anleihe Aussicht habe, Zinsnehmer zu finden. Auch das deutsche Volk selbst habe an solcher Aufklärung ein Interesse, denn der Wert der Rentenmark werde davon bestimmt.

sprechend der Regierungsvorlage einige Erhöhungen der Zollsätze. So wurden getrocknete Datteln der Tarifnummer 53, die in Behältnissen zu 5 Kilogramm oder darunter eingeführt werden, einem Zollsatz von 30 Proz. für einen Doppelzentner unterworfen; der Eingangszoll beträgt hiermit 78 Goldmark für einen Doppelzentner. Bei Gänsebrüsten und Gänseenten, durch Salzen, Pökeln, Trocknen, Räuchern, Kochen oder Braten einfach zubereitet, wurde der Zollsatz auf 60 Goldmark für einen Doppelzentner heraufgesetzt. (Tarifnummer 110.)

Soweit war gegen die Zolländerungen nichts einzuwenden. Weiter verlangt aber die Regierungsvorlage ausdrücklich zum Schutz der heimischen Stärkeindustrie für die Einfuhr von Stärke aller Art, grün oder trocken, auch gemahlen, einen 30prozentigen Zollsatz (Tarifnummer 173), so daß der Zoll jetzt 21 Goldmark für einen Doppelzentner betragen soll. Bei dieser Tarifnummer handelt es sich ausschließlich um Meiss, nicht um Kartoffelstärke. Da der marktbeste Vertreter dieser Industrie die bekannte Firma Hofmann in Salzkufen ist und diese Firma fast ausschließlich in den Genuss des neuen Schutzzolls kommt, mußte der Einbruch entstehen, daß diese eine Firma besonders begünstigt werden sollte. Die volkswirtschaftlichen Bedenken gegen eine solche Zollpolitik, die in einem Antrag der Sozialdemokraten auf Streichung des Schutzzolls ihren Ausdruck fanden, wurden aber von der bürgerlichen Mehrheit nicht beachtet. Der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen und eines Demokraten abgelehnt, der Zoll bewilligt. Das ist ein kleiner Aufstoß zu den Zollbedenken, die sich wahrscheinlich schon in den nächsten Monaten im Anschluß an die Schutzollforderungen der Großgärtner entwickeln werden.

Die hannoversche Bewegung.

Zoll von Preußen — 50 Proz. Steuererhöhung.

Am 18. Mai findet in der Provinz Hannover eine Vorbereitungsversammlung über den Antrag der Deutsch-Hannoverschen Partei statt, ob die preussische Regierungsbildung in Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade und Osabrück ein selbständiges Land bilden sollen. Ganz abgesehen, daß die partikularistischen Bestrebun-

gen in Hannover dem Reichsinteresse zuwiderlaufen, errechnet das Oberpräsidium Hannover nunmehr, daß eine Auflösung des Landes von Preußen für die Bevölkerung der fünf in Betracht kommenden Bezirke eine kaum tragbare Mehrbelastung darstellen würde.

Bereits vor dem Kriege war Hannover eine preussische Zuschußprovinz. Der Zuschuß betrug im Jahre 1913 2 227 000 Goldmark. Das Verhältnis hat sich auch nach dem Kriege nicht verändert. Das Oberpräsidium berechnet für ein selbständiges Land Hannover mit einem vierköpfigen Ministerium an der Spitze ein Defizit, das eine Erhöhung der Landessteuern von 23 Prozent erfordern würde. Aber in diese Rechnung sind die Kosten für einen Betriebsfonds, für Leistungen zur Förderung der Bodenverbesserungen und des Wohnungsbaues, zum Ausbau der Versorgung mit elektrischem Strom, zur Uebernahme von staatslichen Mooren, sowie die Staatszuschüsse zu den Besoldungen der beiden evangelischen Landeskirchen noch nicht eingerechnet. Sie würden eine weitere ungefähr 27prozentige Steuererhöhung bedingen, so daß die Lösung Hannovers von Preußen die Bewohner der Provinz eine etwa 50prozentige Steuererhöhung kosten würde.

Die Berechnung des Oberpräsidiums sagt nichts Neues. Realistischer ist immer ein leeres Vergulden gemessen und es ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte, wenn eine Gruppe von Schulbürgern in einer Epoche den Versuch unternimmt, Preußen zu zerbrechen, in der sich die wirtschaftlichen Mächte zusammenschließen, um die Autokratie des Staates zu zertrümmern. Indem die Deutschhannoveraner für die Bildung eines neuen Staates kämpfen, helfen sie die Autorität des Staates untergraben.

Die Deutschhannoversche Partei hat an die Reichsregierung eine Beschwerde gerichtet, in der gesagt wird, die Abstimmung werde durch Beeinflussungen der preussischen und deutschen Regierung gefährdet. Die Reichsregierung weist die Beschwerde als haltlos zurück. Es sei das gute Recht der Reichsregierung und der preussischen Regierung, zu der verorteten Frage Stellung zu nehmen. Im übrigen sei Sorge dafür getragen, daß die Abstimmung unbehindert vor sich gehen könne.

Gewerkschaftsbewegung

„Gewerkschaftsarchiv.“

Das erste Heft der von Karl Zwing in Jena als Gewerkschaftsarchiv herausgegebenen Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung liegt nunmehr im Umfange von 64 Seiten vor. Der Zeitaufwand des Herausgebers, „Gewerkschaftliche Zeitenwende“ betitelt, enthält eine programmatische Darstellung der Aufgaben und Ziele, die sich das neue Unternehmen gestellt hat. Zusammenfassend wird darin gesagt:

„Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat sich mit erstaunlicher Schnelligkeit aus der Krise erhoben und erholt, und schied sich heute an, mit neuen Kräften eine neue Ära gewerkschaftlich-wirtschaftlichen Geschehens einzuleiten. Die geistige Beherrschung dieser Periode und die gewerkschaftlichen Erfolge dieser Ära werden von entscheidender Bedeutung für die zukünftige Stellung der Arbeit und der Arbeiter in der Gesamtgesellschaft sein.“

Das „Gewerkschaftsarchiv“ wird versuchen, die angebrochene gewerkschaftliche Zeitenwende mit ihren großen gesellschaftlichen Entscheidungen mit Leben zu erfüllen, und weiter versuchen, die geistigen Waffen für Theorie und Praxis zu verbessern, um so mit dazu beizutragen, daß die Gewerkschaften ihre großen Zeit- und Zukunftsprobleme nicht nur erkennen, sondern auch im Sinne der sozialistischen Gedankenwelt einer Lösung entgegenzuführen können.“

Wiederholt spricht Zwing von der Ebenbürtigkeit zwischen Kapital und Arbeit. Er sieht den Anfang der Geschichtsepoche, in der sich nunmehr diese Ebenbürtigkeit vollziehen soll, und meint, nach geistiger Vorbereitung wird ganz von selbst ein System von Kämpfen entstehen, die die nächste Zeitepoche ausfüllen und mit der Herstellung der Ebenbürtigkeit zwischen Kapital und Arbeit und der Aufhebung des Privatkapitals enden wird. — Leicht beieinander wohnen die Gedanken...

„Antrieb und Ziel des Mitbestimmungsrechts“ zeigt Clemens Körnel, der die kommunistischen und sonstigen Phantasien über die Macht der Betriebsräte zerpfückt und die Aufgaben der Betriebsräte in den allgemeinen gewerkschaftlichen Rahmen stellt. Darin liegt wieder eine Unterschätzung dieser Aufgaben, nach einer solche des Mitbestimmungsrechts, sondern im Gegenteil ein Ansporn, das Erreichbare zu erringen.

Zur geschichtlichen Entwicklung der Beamten-gewerkschaften liefert A. Falkenberg einen beachtenswerten Beitrag, dem weitere Darlegungen aus seiner Feder folgen sollen. Robert Fette-Stuttgart wirft die Frage auf: Verbesserung oder Verjüngung?, die er im Sinne der Selbsthilfe beantwortet. In einer Betrachtung „Zur Aufhebung des Achtstundentages in Deutschland“ legt sich der Verfasser Albert Kranoth-Jena insbesondere mit der Auffassung Brentanos auseinander, die gegen die gefällige Festlegung des Achtstundentages gerichtet ist, und zwar als einem Normalarbeitsstag entzweit dem Maximalarbeitsstag. Ein weiterer Kranoth wird sich weiter mit dem Achtstundentag befassen, „zumal auch eine Reihe von Gewerkschaften auf diesem ebenfallig verhängnisvollen nie unhaltbaren Standpunkt stehen“, daß der Achtstundentag in erster Linie ein wirtschaftliches Problem sei. — „Arbeiterbewegung und Bildungsproblem“ behandelt Georg Engelbert Graf. Seiner Forderung: Die Bildungsarbeit muß ständig im Fluß bleiben, ist ohne weiteres zuzustimmen, ohne daß es uns notwendig erscheint, zum Beweise dafür über die Führer herzufallen, die doch in jedweder Beziehung Produkte der Verhältnisse sind. „Das Verhältnis der Frauenlöhne zu den Löhnen der Männer“ hat Anna Geyer-Berlin in ihrer Schrift über „Die Frauenerwerbsarbeit in Deutschland“ untersucht, woraus dieser Abschnitt wiedergegeben ist. — Dem Auszug aus dem Bericht der österreichischen Gewerkschaftskommission über „Die Gewerkschaften in Österreich im Jahre 1923“ folgen Überblicke über Arbeitergewerkschaften, Angestellten-gewerkschaften, Internationale Gewerkschaftsbewegung, Betriebsräte-wesen, Volkswirtschaft, Sozialpolitik, Sozialversicherung und Arbeiterinnenbewegung und zum Schluß Mittelungen.

„Weißt die Ähnlichkeit der drucktechnischen Form des „Gewerkschaftsarchivs“ mit der einer anderen Monatschrift, die sich ebenfalls mit gewerkschaftlichen Fragen befaßt, auf diese Form beschränkt, dann wird sich das „Gewerkschaftsarchiv“ in der Gewerkschaftsbewegung bald einbürgern und ihr gute Dienste erweisen.“

Zum Arbeitszeitkampf der Berliner Bauarbeiter. Soll Lehrlingszeit zur Leidenszeit werden? Der Vater eines Maurerlehrlings schreibt uns: Die Maurer sind durch das von grenzenlosem Herrschaftsdrang zugehende Wachs-tum der Unternehmer gerade in der Zeit ausgepörrt, in der mit allen verfügbaren Kräften gearbeitet werden sollte. Demnach schreibt in seiner „Bodenreform“: „In Berlin waren in den Wohnungsämtern eingetragen am 1. Januar 1922: 147 000 Wohnung-suchende, am 1. Januar 1923: 206 000 Wohnungsuchende, und am 1. Januar 1924 sogar schon 223 000 Wohnungsuchende. Dem standen als vermietbar anzusprechende Wohnungen 34 000 gegenüber. Die Gesamtzahl der aus öffentlichen und privaten Mitteln errichteten Wohnungen wird insgesamt kaum 5000 betragen. Es sind das, so fügt die „Bodenreform“ hinzu, „Verhältnisse, die einmal zur Katastrophe führen müssen.“

Und in dieser Zeit wagen es die Bauherren, eine Nachprobe zu veranstalten, und keine öffentliche Macht ist da, die ihnen in den Arm fällt und sie zwingt, ihre Arbeiter in menschenwürdigen Arbeitsverhältnissen zu lassen. Reinen Jungen nun habe ich absichtlich in die praktische Lehrarbeit gestellt, weil ich mich, wiewohl Gesinns-arbeiter, für verpflichtet halte, an meinem Teil dazu beizutragen, daß der Unterbau der Schule und der Lehre für das ganze Volk der gleiche ist. Aber ich habe, wie ich auch betonen will, es nur in der

stillschweigenden Voraussetzung getan, daß die Partei und die Ge-werkschaften die Kraft aufbringen, die große Errungenschaft der Re-volution, den Achtstundentag unter allen Umständen zu halten und zu wahren. Heute steht der Junge um 5 Uhr früh auf und ist abends erst gegen 1/2 11 Uhr zu Hause. Die gute, kräftige Ernährung, die ein solcher junger Mensch in den Entwicklungsjahren bei der schweren ungemahnten Arbeit braucht, kann ich ihm leider nicht geben, und so muß ich sagen, daß der jetzige Zeitaufwand für Arbeit, Vor-bereitung und Fahrt vollkommen genügt. Wenn die Arbeitszeit nunmehr nach dem Willen der Unternehmer um nur eine Stunde verlängert wird, so kommt mir der Junge mit einer eventuell noch eingelegten Pause statt um 1/2 11 Uhr erst um 7 Uhr nach Hause. Was hat er dann noch von dem Rest des Abends? Körperlich ab-gearbeitet ist er müde, laßt sich noch ein bißchen herum und muß spätestens um 9 Uhr ins Bett, um sich mit mindestens 8 Stunden auszuschlafen. Er hätte also mit Essenszeit zu Hause dann gerade noch 1 1/2 Stunden. Das wäre ein vollkommen unwürdiger Zu-stand, für den Behring wie für den Ballarbeiter, und als steuer-zahlender Bürger und Vater habe ich das allergrößte Interesse daran, daß sich die Behörden endlich einmal ins Mittel legen und den Bauunternehmern den Standpunkt klarmachen. Die Aus-sperrung könnte und müßte längst beendet sein, aber nicht im Sinne der Unternehmer, sondern im Sinne der Arbeiter und damit auch im Sinne wahrer Kultur.

Pflichtarbeit am 1. Mai?

Von Arbeitslosen geben und Geld werden zu, daß man sie am 1. Mai zur Leistung von Pflichtarbeit zu zwingen verliert hat und können bei Verzögerung die Entziehung der Arbeits-lofen unter Führung in Aussicht gestellt hat.

Wir können nur annehmen, daß es sich dabei um Ueber-griffe einzelner Beamten handelt. Die Reichsregierung hat durch Erlass an alle Behörden ausdrücklich darauf hingewiesen, daß den Arbeitern, Angestellten und Beamten, die den 1. Mai durch Arbeitsruhe begehen wollen, keine Schwierigkeiten gemacht werden sollen, soweit die Aufrechterhaltung des Dienstes dies zuläßt. Unter diesen Umständen von Arbeitslosen ausgerechnet am 1. Mai die Leistung von Pflichtarbeit zu verlangen, ist ein Ueber-griff, der sofort rückgängig gemacht werden muß. Wir erwarten von der zuständigen Magistratsstelle, daß ohne Verzug eine generelle Anweisung in diesem Sinne ergeht. Pflichtarbeit am 1. Mai zu verweigern ist das gute Recht der Arbeitslosen.

Verhandlungen in der Metallindustrie abermals vertagt

Gestern fanden auf Einladung von Gewerbetätiger Körner Verhandlungen zwischen dem Metallarbeiter und dem Verband Berliner Metallindustrieller statt, um den jetzt bestehenden tariflosen Zustand in der Metallindustrie durch den Abschluß eines neuen Lohnabkommens abzuheben. Es hat den Anschein, als be-reite die tariflose Zeit und die sich daraus ergebenden Einzelstreitigkeiten in den verschiedenen Betrieben nicht nur dem Schlichtungs-ausschuss Sorgen, da bei der Behörde gegenwärtig etwa 80 Klagen schweben, sondern auch den Arbeitgebern, denen die fortwährenden Erschütterungen der Betriebe durchaus unangenehm sind. Jeden-falls muß festgestellt werden, daß das Metallarbeiter für das Zustandekommen der Verhandlungen ausschließlich durch die Einladungen Gewerbetätiger Körners interessiert werden ist. Bei den gestrigen Verhandlungen zeigte es sich nun, daß die Unterhändler des VBBM durchaus auf den Standpunkt standen, ein neues Lohn-abkommen nicht prinzipiell abzuschließen, während die Arbeitgeber-vertreter nur dann einen Lohnvertrag abzuschließen geneigt waren, wenn die Arbeitgeber ausreichende Lohnerhöhungen zu-gesprochen würden.

Nach längeren Verhandlungen trat schließlich ein Schieds-gericht unter drei unparteiischen Vorsitzenden zusammen, dessen Beratungen bis in die späten Nachmittagsstunden dauerten, und das sich dann bis zur endgültigen Klärung der wichtigsten, sich aus der ganzen Materie ergebenden Fragen, vertagte.

Neue Titel statt Brot.

Zu der von der Reichsregierung beabsichtigten Neuordnung der Amtsbezeichnungen hat der Bundesvorstand des Allgemeinen Deut-schen Beamtenbundes in seiner Sitzung am 7. Mai Stellung ge-nommen. In dem Beschluß heißt es: „Große Teile der Beamten-schaft stehen infolge einer unzureichenden und unzulässigen Befolgung im schwersten Kampf um die Erhaltung ihrer Existenz; sie erwarten daher von der Regierung die beschleunigte Befolgung der bestehen-den Härten durch eine angemessene Erhöhung des Einkommens und durch umgehende Anagnosismahme der seit Jahren zugedachten Be-lohnungsreform. Der Bundesvorstand erblickt in der beschleunigten Aenderung der Amtsbezeichnungen für große Teile der Beamten-schaft eine ungünstige Beeinträchtigung und Verzögerung der unbedingt not-wendigen Befolgsreform und fordert daher, daß die Fragen der Amtsbezeichnungen im engsten Zusammenhang mit der Befolgsreform geregelt wird.“

Gegen die weiteren Absichten der Reichsregierung, durch Ver-leihung von sogenannten Altersauszeichnungen zur Wiedereinführung des Titelwuchses zu gelangen, erhebt der Bundesvorstand ent-schiedenen Einspruch und fordert, daß von der Reichsregierung der Artikel 109 der deutschen Reichsverfassung eingehalten wird.“

Drohende Stilllegung der Mansfelder Bergwerke.

Halle, 7. Mai. (Eigener Drohverricht.) Die seit längerer Zeit niederkalenden Gerüchte über eine Stilllegung der Mansfelder Kupfer-schiefer bauenden Gewerkschaft U.G. haben sich zur Tatsache ver-dichtet. Die Mansfelder U.G. mit ihren weit über 30000 An-gestellten und Arbeitern sollen im Laufe der nächsten Monate ihre Betriebe nacheinander stilllegen. Die Stadtverordneten-versammlung von Halle hat sich mit dieser Tatsache und

findet eine dringende Entschliebung an den Reichs-arbeitsminister. Sie betont in dieser Resolution, daß die Mansfelder U.G. bereits Schritte beim Regierungspräsidenten unter-nommen habe, um ihre Betriebe nacheinander stilllegen zu dürfen und weist ferner darauf hin, daß die Folge dieser kurz-zubaren Maßnahme Unruhe und Unruhen wären. Sie bittet für den Fall, daß die Mansfelder U.G., die trotz der von ihr ge-zahlten niedrigen Arbeitslöhne, die zu den niedrigsten Mitteldeutschlands gehören, ihre Betriebe nicht mehr aufrechterhalten kann, Reich und Land aus eigenem wie sozialem Interesse Hilfe schaffen, damit zwei preussischen Kreisen die einzige Arbeitsmöglichkeit erhalten bleibt. Außerdem ist bekanntgemacht, daß die Mansfelder U.G. den Angestellten, die auf neuen Abschluß des Anstellentarifs drängen, mitgeteilt hat, eine Erneuerung sei überflüssig, da sie in nächster Zeit ihre sämtlichen Angestellten entlassen würde.

Massenliquidationen der Lauchhammer Werke.

Halle, 7. Mai. (Eigener Drohverricht.) Bei den großen Lauchhammer Werken, die im östlichen Teil des Regierungs-bezirks Merseburg verteilt liegen, sind neuerdings in Zoroou und Lauchhammer Massenliquidationen erfolgt. Als Grund wird Mangel an Aufträgen und Schwierigkeit der Geldbeschaffung angegeben.

Metallarbeiterausperrung in Anhalt.

Der Verband mitteldeutscher Metallindustrieller hat wegen der Niederlegung der Arbeit in einigen anhaltischen Fabriken be-schlossen, die Betriebe in Anhalt, in denen jetzt noch gearbeitet wird, zu schließen. Davon werden Tausende von Metallarbeitern betroffen. Die Schließung der Fabriken soll am 14. Mai erfolgen.

Der Kampf im ober-schlesischen Industriebezirk.

Aus Gleiwitz berichtet die T. L.: Der Streik im deutsch-ober-schlesischen Industriegebiet hat eine merkliche Verschärfung er-fahren. Die Betriebsräte der Metallarbeiter haben gestern be-schlossen, sich dem Streik der Bergarbeiter anzuschließen. Entsprechend diesem Beschluß trat daraufhin die Gleiwitzer Hütte vollständig in den Streik. In den Deichselwerken in Hindenburg streiken 70 Proz. Bei der Dammers-hütte ist die Belegschaft noch nicht einig geworden, ob sie in den Streik treten soll. Auf den Steinkohlengruben wird fast voll-ständig weiter gestreikt. Die Kommunisten entfalten eine roge Tätigkeit, um den Streik auch auf die anderen Hütten auszudehnen. Wie die T. L. erzählt, beabsichtigen eventuell auch die Eisenbahner sich dem Streik anzuschließen. Es dürfte moogen in Gleiwitz oder Hindenburg eine Konferenz der Eisenbahner stattfinden, in der über den Streik Stellung genommen wird.

Der Streik der Berliner Anschläger ist laut Beschluß der Ver-sammlung vom 6. Mai ein allgemeiner. Alle bis jetzt heraus-gegebenen Arbeitsberechtigungstickets werden hiermit für un-gültig erklärt. Jeder jetzt noch arbeitende Kollege begehrt Streik-führung. Die Streikleitung.

Die Bauarbeiter Leipzigs sind gestern vormittag in Folge Lohn-streitigkeiten in den Ausstand getreten. Sie fordern 80 Pf. Stunden-lohn.

Die Deutschen Werke in Mönchen haben den Streik der 230 Holzarbeiter mit der Kündigung der Gesamtbelegschaft beantwortet, mozu sie angeblich aus betriebswirtschaftlichen Gründen genötigt seien.

Die Werksleitungen in Mannheim erklären, daß sie Ende dieser Woche ihre Betriebe nach neuwöchigem Streik und Aussperrung wieder eröffnen, da sich genug Arbeitswillige gefunden hätten, die bereit seien, unter Anerkennung der Tarifverträge und der Schieds-sprüche die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Generalstreik in Argentinien erstreckt sich über das ganze Land. Die Versorgung der Bundeshauptstadt Buenos Aires mit Brot und Fleisch ist schwer gefährdet, der ganze Geschäftsverkehr ge-lähmt. Der Präsident der Republik hat persönlich eingegriffen, um den Streik zu beenden.

Die 12 000 Tagelohnempfänger von New York sind in den Ausstand getreten.

Rückdruck! Die auf Freitag, den 9. Mai, angeetzte Fraktionsvorstand-sung wird infolge Verlegung der Bezirksversammlungen auf einen späteren Termin verlegt. Einladung hierzu schriftlich. T. L. Orts-führer.

Wegweiserband, Redaktions-Gesetz. Sonnabend, den 10. Mai, nach-mittags 4 Uhr, im Gewerkschaftsraum, aufwendendliche Mitgliederversammlung. Einlassnahme zum Kartieren. Das Schreiben jedes einzelnen Kollegen ist Pflicht! Mitglieder der Red. und Kap. sind willkommen. Die Redaktionsleitung.

Verband der Buchbinder und Kap. am 11. Mai. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, den 11. Mai, statt. Nähere Bekanntgabe erfolgt nach. 1923-24 zur Gesamtversammlung müssen bis 10 Uhr den 13. Mai bei der Ortsverwaltung eingereicht werden.

Beamtentitel für Volkshilf, Kraft Reuter, Wirtschaft: Erlas Salomon; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Salomon; Paul Reuter; Dr. John Schikowski, Salomon und Salomon; Frau Karstadt; Wagnier; Ed. Glaser; Schmidt in Berlin. Verlag: Formica-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Formica-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Singer u. Co. Berlin SW. 68. Lindenstraße 2. Hierzu zwei Beilagen und Unterhaltungsbeilage „Belmweil“.

Koch & Seeland

an der Spitze der Leistungsfähigkeit!

Sportanzugsstoffe

Homespun „reine Wolle“ Mr. 6. 50

Damen-Kostümstoffe Donegal. 4. 50

„reine Wolle“ 1.40 breit Mr.

Straußentstr. 20/21 Sogn 1893

Sophien-Säle Telephon: Norden 9296
881e frei! Sophienstr. 18

Ruso-Zigaretten



Diese Zigaretten sind aus edlen orientalischen Tabaken hergestellt
— ein Genuss für den verwöhntesten Raucher —

Das späte Frühjahr.

Sorgen des Kleiniedlers. — Die Gefahr der Nachtfröste.

In diesem Jahre ist das alte Mittel, einen Wetterumschlag herbeizuführen, nämlich die Klage oder das Lob in der Zeitung über das schlechte oder gute Wetter, spät zur Wirkung gelangt...

Man pflanzt.

Das eine Gute hat das kühle Aprilwetter mit sich gebracht, man brauchte sich mit der Landbestellung nicht zu sehr zu beeilen. Während sonst nach langen Wintern meist ein heißer Frühling sich einstellte...

Das fehlende Frühgemüse.

Mit dem Frühjahrgemüse ist es naturgemäß recht trüblich bestellt. Die Spargelspitzen wollen gar nicht zum Vorschein kommen, an Salat ist selbst bei Aussparungen im kalten Kasten noch nicht zu denken...

Was ist zu tun?

Zunächst trage man dafür Sorge, daß das, was jetzt schon aus dem Boden heraus ist, geschützt werden kann, falls noch wirklich schlimme Tage und Nächte kommen sollten. Dann aber pflanze man ruhig weiter, wenn man kräftige und wirklich gut abgehärtete Sämlinge hat...

Dahlia-(Georginen-)Knollen lasse man lieber noch im Keller; sie vertragen sehr wenig Kälte. Sollten sie schon stark treiben, so ist es empfehlenswert, sie einzutopfen und die Löpfe an einem frostfrei (aber nicht warm!) zu haltenden hellen Ort aufzustellen...



Wie es sonst im Mai war!

als wollten sie sagen: „Pflanz mich — es ist Zeit.“ Das kalte Wetter läßt selbst im — natürlich trockenen — Keller keinen zurückhaltenden Einfluß aus.

An Arbeit und Sorge fehlt es ja im ländlichen Betriebe nie; einen Punkt wollen wir noch hervorheben, der für die Kleiniechthaltung gerade jetzt sehr von Bedeutung ist. Im April bis Mai findet der Uebergang von der Heufütterung zur Grünfütterung statt.

Die Flüchtlinge.

Roman von Johannes Vinnankoski.

„Dummes Mädchen!“ hätten die anderen rufen mögen, aber keiner brachte es übers Herz. Da ertönte vom Wagen ein klägliches Miauen. „Dir ist auch leid — Mitto, Mitto!“ tröstete Hella.

Auf der kleinen Bahnstation tief im Innern des Landes hatte sich zur Ankunft des Tageszuges eine Menge Bauernvolk versammelt. Dies war so an Sonntagen Sitte. Man kam, um den Zug anzusehen und die Post abzuholen, man kam, um sich nach der Wochenarbeit in den einlamen Winkeln der spärlich besiedelten Gegend ein wenig zu unterhalten.

„Ni gar! Was du sagst!“ Die Heiterkeit nahm immer mehr zu. „Das is wohl driben in Tavastland immer so?“ schob einer dazwischen. „Das mag's wohl sein!“ Die Wartenden lächelten einander mit einem Funkeln gegenseitigen Verständnisses in den Augen zu.

Der Zug fuhr donnernd ein. Dort kamen die Tavasten, sie stiegen langsam gemessen aus einem Wagen — Lutela, Kestitalo, die beiden Frauen und Hella, die letzteren kleine Bündel in der Hand tragend. Boran schritt Lutela. Er war noch im Zuge niedergedrückt gewesen, doch gleich, als man nach Savolax herübergekommen war, hatte sein Tavastblut angefangen, sich zu regen.

nung sich geltend machen kann. Erfahrene Züchter gehen auch das ganz trocken erscheinende Gras (desgleichen später Kohlblätter) nicht sofort, sondern lassen es, je nach dem Wetter, einen halben oder ganzen Tag an einem trockenen Ort „abwelken“.

Die Selbstmörderstrafe.

Sie liegt oben im Norden, nicht weit von der Schönhauser Allee, und war bis vor kurzem ziemlich unbekannt. Und nennt sich „Lychener Straße“. Seit einiger Zeit aber hat sie ihren Ruf, sie sensation. Wache für Wache brachten die Zeitungen ihren Namen; er wanderte in die Provinz und, seitdem die Straße es zu einem Rekord gebracht hat, sogar in die Auslandspresse.

Der Sachverhalt ist nämlich der: dieser Straße hat die Berliner Lokalchronik bis weit in den April hinein Selbstmord auf Selbstmord zu verbieten gehabt. Und Mitte April hat die Straße den Rekord geschlagen: in zwei Monaten hatten sich acht ihrer Bewohner die Sache anders überlegt und die „Beste der Besten“ mit jener, die uns bis jetzt immer noch etwas sehr schleierhaft ist, freiwillig vertauscht.

Und so betrachtet, ist die Lychener Straße mit ihrem Rekord nichts mehr und nichts weniger als ein Spiegel, aus dem zusammengeballtes Großstadtleben mit toten Augen in die öde, graue Leere stiert.

Wie „sie“ wählen ging.

Eine ganz im Sinne der „Lokal-Anzeiger“-Leser geschriebene Betrachtung unter diesem Titel, die so ziemlich den Gipfel von altem Unfuss darstellt, den das genannte Blatt in den Wahltagen seinen Lesern vorzuführen wagte, legt eine Leserin des „Vorwärts“ zu den folgenden Zeilen an:

„Soeben kommt mir aus dem „Lokal-Anzeiger“ eine Notiz zu Gesicht, betitelt: „Wie „sie“ wählen ging...“ Sonderbare Gedanken beschäftigten mich beim Lesen dieser Zeilen. Was für eine deutsche Frau muß „sie“ sein, wenn „sie“ am Vormittag des Wahltags noch nicht einmal weiß, wen sie wählen soll!

mit dem Wagen, wir Männer warten aufs Vieh, denn der Güterzug soll auch bald kommen. „Also das wären nu die naien Frauen oder Damen von'n Gut oder wie man se titulieren sull!“ sprach die lebhaft blickende Frau des Tagelöhners flink. „Na, die haben zu tun gehabt, bei so 'ner weiten Reife!“

Die alte Frau wurde heiterer und begann sofort in ihrer familiär herzlichen tavastländischen Art auseinanderzusetzen, dort im Güterzug seien noch Bihtori und Kalle und Hanna, dort seien auch die Kühe Kukka, Mansitti und Heipparinna und der Kater Mitto. Die seien schon zwei Tage früher abgefahren, weil die Lebrigen noch von den Verwandten Abschied genommen hätten, so daß sie alle zu gleicher Zeit ans Ziel kämen.

„Heilige Einfalt!“ blühten die Augen der ringsum zusammenstehenden Savolaxer. „Gut, so'n Luder!“ rief die Tagelöhnersfrau teilnehmend aus. Zugleich zwinkerten aber auch ihre Augen am Kopf der Frau vorbei: einfältige Leute, das sieht man ja! Lutela bemerkte das Zwinkern der Augen, doch er lächelte nur.

„Geh! nun langsam los!“ sagte er kurz zu den Frauen, als er sah, daß die alte Frau noch einmal ihr Herz ausschütten wollte. Er selbst begab sich mit Kestitalo nach dem Stationsgebäude, um die Frachtbrieife zu erledigen.

Auch die Savolaxer kamen, um ihre Post zu holen. In der Hauptsache waren sie sich schon über die Ankömmlinge im klaren, doch blieben sie noch, um sie zu beschauen, da sie Zeit genug hatten. Lutela und Kestitalo erschienen auf der Treppe des Stationsgebäudes und blieben daselbst stehen, die Ankunft des Güterzuges erwartend. Rimpiläinen, ein ungenfertiger Hofbesitzer, konnte der Verlockung nicht widerstehen, die tavastländischen Männer ein wenig auszufragen.

(Fortsetzung folgt.)

makbaren Hauskleide aus der Zeit vor dem Kriege, und die „Schuhchen“ waren auch aus der „Vorkriegszeit“. Und gleich früh erfüllte ich meine Pflicht und ließ mich nicht wie jene Dame durch meinen Mann ermahnen, denn er war reichlich durch die Wahl beschäftigt, und auch ich mußte später mit einspringen, was ich sehr gern tat.

Ein Abenteuer mit Frau Berolina. Falsche Aktien und falsche Brillanten.

Eine teure Teeliebhaberschaft machte eine Dame aus Hamburg, die nach dem Tode ihres Mannes nach Berlin gezogen war. Sie besuchte hier oft einen 5-Uhr-Tea und lernte dabei eine Dame kennen, die durch ihr lebenswürdiges und weitgewandtes Auftreten bald ihre Zuneigung gewann. Die beiden Damen trafen sich nun oft und standen schließlich auf einem vertrauten Fuße miteinander.

Die Berliner Dame verstand es, ihre Hamburger Freundin so zu gewinnen, daß sie der Berlinerin alles glaubte und in allem vertraute. Natürlich spielten die großen Güter, die die Berliner Dame in Russland haben sollte, eine besondere Rolle. Ebenso wollte sie ihre Kapitalien vor der Inflation nach England in Sicherheit gebracht haben. Einmal gelang es ihr, ihre Hamburger Freundin davon zu überzeugen, daß deren edler Brillantenschmuck in der Fassung vollkommen veraltet sei und umgeändert werden müßte. Die Hamburgerin ging darauf ein. Jedemal nach kurzer Zeit erhielt sie Stück für Stück wieder, bis der ganze Schmuck geändert war. Die Gefügigkeit der Freundin aber war damit noch nicht erschöpft. Die Berlinerin erzählte ihr, daß ihr Dekorationen zu einem so billigen Kurse angeboten worden seien, wie sie niemals wieder zu haben seien würden. Aus Freundschaft wolle sie zurückgeben und ihr diese Papiere überlassen. Die Hamburger Dame ergriff gern diese Gelegenheit und überwieb sie die vereinbarte Bank 7000 Lire, 150 Schweizer Franken und 500 englische Pfund. Einige Tage später erhielt sie zufällig den Besuch eines ihrer bekannnten Herrn und der erkannte alsbald, daß statt der früheren echten jetzt alles unechte Perlen und Brillanten eingeleitet waren. Die Dame eilte zu dem Juwelier, der die Änderungen besorgt haben sollte. Der konnte ihr aber nur die Unmöglichkeit der Perlen und Steine bestätigen, mit dem Umarbeiten hatte er nichts zu tun gehabt. Böses ahnend, ging die Dame jetzt zu der Bank, an die sie das Geld überwiesen hatte. Alles war bereits abgehoben, aber keine Aktie war dafür hinterlegt worden. Jetzt wandte sie die Betrügerin an die Kriminalpolizei, und diese erkannte nach der Beschreibung die betrügerische Freundin sofort in einer 29 Jahre alten aus London gebürtigen Witwen, einer schon vorbestraften Schwindlerin, die wegen ihrer übertragenden Größe und ihres auffallend starken Busens in ihren Kreisen den Spitznamen die „Berolina“ führt. Die gefährliche Gaunerin ist noch nicht ergriffen. Die Perlen und Brillanten, die sie erbeutete, sind 40 000 Goldmark wert.

Eine Tragödie aus der Grenadierstraße.

Als Opfer eines Betrügers stellte sich der Schuhmacher Slogme Dornmann hin, der sich vor dem Schwurgericht des Landgerichts I wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu verantworten hatte. Der aus Polen stammende Angeklagte hatte am 27. August v. J. seinen Landsmann Max Seiden auf der Straße niedergestochen und so schwer verletzt, daß Seiden infolge der Verletzungen und des Blutverlustes im Hedwigs-Krankenhaus verstarb. Der Angeklagte behauptete, daß er von Seiden um seine Ersparnisse betrogen worden sei. Er habe in Frankreich als Handlanger gearbeitet, als er krank wurde, sei er mit 720 Fr. nach Berlin gekommen. In der Grenadierstraße habe er einen Mann kennengelernt, der ihm das Geld gegen Dollar umzuwechseln wollte. Hinterher habe er erfahren müssen, daß er falsche Dollarnoten erhalten habe. Einige Tage später habe er den Betrüger in der Schönhauser Straße mit zwei anderen Männern, die auch bei der Ubergabe der falschen Dollarnoten zugegen gewesen waren, angetroffen. Als er dem Namen Vorhaltung machte, hätte man ihn verprügelt, und alle drei seien wegelaufen. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Angeklagte mit dem Getöteten zwei Tage später eine erregte Auseinandersetzung in der Alten Schönhauser Straße hatte und daß er plötzlich Seiden packte und ihm mit einem Schächermesser, das er aus dem Kermel hervorzog, einen Stich in den Unterleib versetzte. Dornmann wurde dann verfolgt und konnte erst nach heftiger Gegenwehr durch hinzugekommene Polizeibeamte mittels Schlägen mit dem Seitengewehr festgenommen werden. Des Urteils lautete auf drei Jahre Gefängnis unter Anrechnung von 8 Monaten Untersuchungshaft.

Beim Swoboda.

Fünfkreuzertanz.

Von Egon Fid (Wien).

Vor dem Kriege hatte man unter diesem Titel noch eine Abhandlung über österreichische Volkstänze schreiben können. Denn alle Nationen trafen sich dort in Swobodas Praterläden und tanzten sich um fünf Kreuzer ihre Lebenslust aus. Alle möglichen Stämme und Völkchen der pleite gegangenen Monarchie waren da vertreten, vom buntgefrähten Kitterl der schwarzen Berge bis zum zierlich-leinen Staat aus dem Bregenzer Wäldle, vom Egerland bis zur Maria, Bänder, Spizen, Hauben, Stiefel, ein buntes Gewirre von Kostümen, wie man sie heute kaum auf den p. i. Rebouten mehr trifft. Nun ist all dies verschwunden. Der Zusammenbruch riß die Farben, die sich in unserem Wiener Prater so lustig drehten, auseinander, jede in ihre heimische Zone und beim Swoboda schwingen keine wippenden Siebströcke mehr im Tanz, keine prallten Waden sieht man den Czardas stampfen oder die böhmische Beseda.

Langsamer ist das Tempo beim Swoboda geworden, nervöser zwar manchmal im jähen Auffahren von Raufsch und Hitze, aber nicht mehr von gleicher Impulsivität des Blutes. Hysterischer, möchte ich sagen. Wohl sitzen auch jetzt noch an abgelegenen Tischen einzelne Pärchen umschlungen, drängen in Sängen und Stiegenhaus Leid an Leib im Raub, aber der allgemeine Rhythmus gesunden, frohenden Lebens ist abhanden gekommen mit den Menschen, die seine Träger waren. Das Robuste ist nicht mehr. Hier wird erst wieder Volkssport und Arbeiterfestung mit Garten und Ader Genschen bringen, neues Kraft.

Das Robuste ist nicht mehr. Drum spielt auch die „Rust“ wenig Volks, keine Beseda, keinen Czardas oder Ländler. Walzer und mondäne Tänze beherrschen das Repertoire. Das Publikum ist eben ein „besseres“ geworden, entbäuert. Die Tanztube heißt auch nicht mehr so wie früher. Aus dem guten, schlachten „Swoboda“ ist ein „Phönix-Palast“ geworden, recht großstädtisch und Talmi-pompös.

Stadtrat Breiter, Wiens tüchtiger Quastor, hat auch das seine zum Rückgang des Stabuffemens beigetragen. Denn seine Steuern sind schwer. Bei Swoboda festsitzend lange in die Nacht Schrei und Fiedelbogen, im Phönix-Palast wird punkt zehn geschlossen. Es wäre für den Unternehmer zu kostspielig, länger offenzuhalten. Und mancher wackere Reitersmann hat so den Trunk sich abgetan.

Ich gehe durch die drei Säle, in denen man tanzt. Die Paare schieben einen Schimmel. Hier ein Behnemannchen mit einem Mechaniker, dort die Köchin mit einem aufgeschossenen, blaffen Apothekerlehrling. Keine Farben sind zu sehen, kein buntes Tuch an Frauen. Alles Konfektion, Kostenerzeugnis, Kaffe- und Persönlichkeitslos. Auch die Aromaten mancher Jünglinge. Nur zwei schöne homburger Zimmermannsdurchen in breiten Hosen erinnern an die Kraft und Erdwüchsigkeit, die einmal hier zuhause war.

Durch die Inflation verführt.

Versuch von Falschmünzerei durch junge Bankbeamte.

Wegen Falschmünzerei hatten sich die Lehrlinge Karl S., Leo W. und Kurt K. vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Die drei im Alter von 18 bis 21 Jahren stehenden jungen Leute hatten im November vorigen Jahres einen abenteuerlichen Plan gefasst, durch eine großzügig angelegte Falschgelbfabrikation sich die Mittel zu umfangreichen Börsenspekulationen zu verschaffen. Ihr Traum war eine eigene Villa und ein Auto.

Zunächst erwarben sie 500 Bogen Wasserzeichenpapier und übergaben diese einer Buchdruckerei zur Herstellung des grünen Untergrundes, der notwendig war zur Anfertigung von Schapanweisungen. Bei einem Lithographen bestellten sie dann ein Holzklischee von einer Schapanweisung über 21 M. Goldanleihe. Sie gaben an, daß die Anfertigung im Auftrage des Kultusministeriums geschehe und zu Unterrichtswecken dienen sollte. Während seiner Arbeit bekam der Lithograph jedoch Bedenken und benachrichtigte die Falschgelbfabrikation des Polizeipräsidiums. Als die Angeklagten das fertige Klischee abholen wollten, wurden sie festgenommen. Die Angeklagten waren gesandigt, daß sie die falschen Schapanweisungen in den Verkehr bringen wollten. Rechtsanwalt Dr. Großmann war der Meinung, daß die Angeklagten durch die damalige demokratisierende Wirkung der großen Papierkrise verführt worden seien; sie seien sich der Tragweite ihrer gemeingefährlichen Handlungsweise nicht voll bewußt gewesen. Der Verteidiger bat das Gericht unter das von Staatsanwaltschaftsrat Pöcher beantragte Strafmaß von 2 Jahren Gefängnis für den ersten und 1½ Jahr für die beiden anderen Angeklagten wesentlich heruntzuziehen. Das Urteil des Amtsgerichtsrats Ahlendorf lautete gegen S. als den Anführer des ganzen Planes, auf 1½ Jahr, gegen W. und K. auf 1 Jahr Gefängnis. Eine Bewährungsfrist lehnte das Gericht leider ab. Während der Staat auf der einen Seite gar nichts getan hat, um der Inflation entgegen zu wirken, läßt er es auf der anderen Seite zu, daß seine Justiz die verführten Opfer dieser Inflation mit unerbittlicher Härte trifft. Die Tatfrage, daß es nicht zur Ausführung des Planes gekommen, und daß also noch niemand geschädigt worden ist, hätte die Genehmigung der Bewährungsfrist doch recht nahe gelegt.

Vierzehn Tönnchen Cabiar beschlagnahmt.

Auf Grund einer vertraulichen Anzeige wurden am 2. Mai auf dem Lehrter Güterbahnhof 14 Tönnchen Cabiar im Werte von über 100 000 Goldmark beschlagnahmt. Eigentümer des Cabiar waren Ausländer, die nicht die erforderliche Großhandelslaubnis besitzen. Als Geldwechsler der Ausländer ist ein fleißiger Kellner ermittelt worden, der früher in Ausländerlokale tätig war. Die Ware sollte an die vier Großfirmen und Hotels abgesetzt werden. Gegen die zwei Hauptbeschuldigten wurden nun besondere Verfahren eingeleitet und die beiden Vorgänge dem Wartergericht des Landgerichts I übergeben. In einem Falle ist der Beschuldigte zu 500 Goldmark Strafe verurteilt, die Ware aber freigegeben worden. Im zweiten Falle erfolgte die Verweisung der Sache an das Amtsgericht Berlin-Mitte, wo das Verfahren augenblicklich noch säumt. Die Beschlagnahme von sieben Tönnchen Cabiar wurde gerichtlich bestätigt.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 8. Mai.

Tageseinstellung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorhörsz. Nachm. 12.55 Uhr: Ueberrmittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.

4.30—8 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7 Uhr: Sprachunterricht (Englisch). 7.30 Uhr: Vortrag des Herrn Major a. D. Dr. Wegener: „Regen und Sonnenschein in Deutschland“. 8.30 Uhr: 1. Arie d. Lucia, a) Lucia di Lammermoor (mit obligater Flöte), von Donizetti (Pia Ravenna und Prof. Emil Prill, Flöte). 2. a) Arioso, b) Allegro vivace, 2. a) Arioso, von J. Quantz aus dem Konzert G-dur (Prof. Emil Prill, Flöte). 3. Tom der Reimer, von Loewe (Hans H. Nissen, von der Großen Volkoper). 4. Arie aus „Barbier von Sevilla“, Rossini (Pia Ravenna). 5. „Jüdin“ Fantasia, von J. Demersseman (Prof. Emil Prill, Flöte). 6. Die Allmacht, von Schubert (Hans H. Nissen, von der Großen Volkoper). Am Steinway-Flügel: Kapellmeister Otto Urack. 9.50 bis 11.30 Uhr: Tanzmusik.

Das Geschäft geht trotzdem nicht schlecht. Ein Konsortium von Aristokraten, das es vor zwei Jahren unter ihrer Würde fand, dieses Stabuffement zu übernehmen, war nicht klug. Denn es ist bummelhaft und muß ganz schönes Geld abwerfen. Der ehemalige Direktor eines Schieberlokals hatte weniger Stempel. Und er tat gut daran. Das „Volk“ wird immer tanzen; und für ihn ist es ja gleich, ob das Volkstut ihm kein Geld hingibt, oder die gleiche Hofswangigkeit der Maschinenläufe.

Jetzt wird ein Walzer gespielt. Ein Paar kommt vorüber, sie zart und blaß, einen leisen Schatten von Krankheit unter den Augen, er fleischhaderlich, mit einem brutalen Mongolengesicht. Er hat sie umgefaßt, seine Finger drücken sich küstern in ihre schmale Hüfte. Das kleine, dürftige Ding tut mir leid. Ja, wäre sie voll, heiß und begehrnd wie er, es wäre schön, zwei Menschen so enge sich halten zu sehen. Aber sie ist so ärmlich, hilflos und preisgegeben wie Finger von Kindern. Und ihr Auge senkt sich, voll Scham vor meinem Blick. Darf das sein; Frauenkraft durch Arbeit so entblüdet, daß Gesundes wie Rohheit wirkt, wenn es sie berührt?

Schlußmarsch! Knapp vor zehn. Die Menschen eilen zu den Garderoben. Manche Gäste, die in Hemsärmeln getanz haben, ziehen die Röcke an. In Palast, den Hut auf dem Kopf, tanzen sie noch noch ein paar One-step-Schritte, bis nach einem schmetternden Finale der letzte Tanz verstummt ist. — Die Russen klappen die roten zusammen, nehmen ihre Instrumente unter den Arm und gehen. In wenigen Minuten ist der Saal geleert. Zigarettenrauch und Wärme von Menschen bleiben allein zurück im zerstoebnen Fest. Dann erlöschen die Lichter. Nur zwei, drei brennen weiter halbdunkel und traurig, und die gute, dicke, große Trommel steht einsam im dummen Kopf auf ihrem Platz wie ein vergessener Mond und sieht den Aufwächserinnen zu, die nun ihr nächstliches Geschäft beginnen: Arbeit!

Stadtbaurat und Oberbürgermeister.

Lieber Architekt! Nach langen Hungerjahren ist endlich ein Auftraggeber zu dir gekommen, ein Großkaufmann, der dir eine lohnende und künstlerische Aufgabe zu stellen beabsichtigt. So sehr du dich auch darüber freuen möchtest, es gelingt dir nicht recht, denn die große Sorge, daß dein Bau in Berlin, der Stadt des allgewaltigen Ludwig Hoffmann, ertötet werden soll, dämpft deine Hoffnungen. Schnell einen Blick auf die Liste der durch das Verhandlungsgefeß „geschützten“ Strahlen — nein, dein Bauplatz befindet sich nicht in diesen Gegenden, also aus dieser Wolke könnte Hoffmanns Bannstrahl deine leider nicht abzuleugnende „Modernität“ nicht bedrängen. Noch ein Glücksfall: dein allerdings doch projektiertes Gebäude ist nicht so gelegen, daß es von irgendeinem Winkel der Hofenheide Ludwig Hoffmanns Rathaussturm verdeden könnte. Also mutig an die Arbeit! Es scheint zu glücken. Die Baupolizei hat nichts einzuwenden und der Sachverständigenausschuß des Magistrats genehmigt, in Gegenwart des Oberbaurats Hoffmann, mit großer Majorität deinen Entwurf. Aber Hoffmann nimmt dich mit

Ein unbegründetes Mordgerücht.

Das Gerücht von einem Mord war in der Stallreiterstraße verbreitet. In dem Hause 28 wohnte in 2. Stod des Obergebäudes eine 88 Jahre alte Frau Berta Majunke, die mehreren Hausgenossinnen Handreichungen leistete. Als sie bei diesen Familien nicht mehr erfristen, sah man nach und fand sie in ihrer Stube mit dem Gesicht in einer Blutfache tot auf dem Fußboden liegen. Die Kriminalpolizei ermittelte, daß die Verstorbenen oft über Kopfschmerzen klagte und dagegen Verhüfungsmittel aller Art, Aspirin usw. durcheinander und in großer Menge zu nehmen pflegte. Wahrscheinlich nach dem Genuß solcher Mittel ist sie, wie eine Blutfurze zeigte, hingenallen und mit dem Kopf auf einen Tischfuß aufgeklagen. Ein Verbrechen liegt nicht vor.

Die Benutzung der Jugendherbergen

Ist durch Beschluß des 6. Deutschen Jugendherbergetags in Spongenberg wie folgt geregelt worden: Jugend bis zu 14 Jahren und sämtliche Schulgruppen unter Führung von Lehrern können ohne besondere Ausweise alle Herbergen im Reich benutzen. Die Jugend von 14 bis 18 Jahren muß im Besitz eines Bleibenausweises sein, der zum Preise von 50 Pf. bei allen Zweigauschüssen und Ortsgruppen für Jugendherbergen erhältlich ist und das ganze Kalenderjahr gültig ist. Wanderer über 18 Jahre müssen Mitglied des Verbandes für Deutsche Jugendherbergen sein und sich durch eine Mitgliedskarte ausweisen können. Der Jahresbeitrag beträgt mindestens 3 M. Die Mitgliedschaft ist bei allen Zweigauschüssen und Ortsgruppen zu erwerben. Es ist also allen Wanderern, die die Jugendherbergen benutzen wollen, zu empfehlen, sich vorher rechtzeitig mit den erforderlichen Ausweisen zu versehen. Der Zweigauschuß Mark Brandenburg hat seinen Sitz in Berlin E. 2, Poststr. 16, Zimmer 23, 8—14 Uhr, Montags und Donnerstags 8—8 Uhr, Sonnabends 8—1 Uhr. Ein Verzeichnis aller Herbergen im Reich ist ebenda zum Preise von 75 Pf. erhältlich.

Landaufenthalt für erholungsbedürftige Jugendliche.

Das Jugendamt der Stadt Berlin ist in der Lage, schwächliche, aber nicht trante oder gebrechliche schulfähige Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren, die für die Ergreifung eines Berufes körperlich zu schwach sind, 3 bis 6 Monate und länger in guten Pflanzstellen auf dem Lande unterzubringen. Die Jugendlichen sollen sich dort kräftigen und dann erst mit leistungsfähigen Körper in ihren eigentlichen Beruf eintreten. Die Unterbringung auf dem Lande erfolgt unentgeltlich; die Kinder müssen sich dafür durch leichte, ihrem Körperzustande und Können entsprechende Arbeiten nützlich machen. Seitens des Jugendamtes wird darüber gewacht, daß die Jugendlichen nicht ausgenutzt oder als Dienstpersonal angefaßen und beschäftigt werden. Zu diesem Zwecke sind in den Orten, in denen Jugendliche untergebracht werden, Vertrauensleute bestellt, die den Kindern mit Rat und Tat zur Seite stehen. Außerdem werden die Pflanzstellen durch das Jugendamt der Stadt Berlin auf ihre Eignung zur Unterbringung von erholungsbedürftigen Jugendlichen geprüft. Für die zu leistenden Arbeiten erhalten die Jugendlichen außer freier Unterkunft und Verpflegung eine angemessene Entschädigung, deren Höhe der freien Vereinbarung zwischen den Eltern der Kinder und den Pflanzstellen überlassen bleibt. — Es kann nur warm empfohlen werden, von dem Angebote des Jugendamtes ausgiebigen Gebrauch zu machen, da sich die Einrichtung bisher sehr gut bewährt hat. Eltern von schwächlichen schulfähigen Jugendlichen, die ihre Kinder verschiden wollen, werden gebeten, sich umgehend zu melden. Die Meldungen sind einzureichen bei den Jugendämtern derjenigen Bezirke, in denen die Eltern oder gesetzlichen Vertreter der Kinder wohnen.

Schapanweisungen keine Zahlungsmittel mehr.

In letzter Zeit sind Fälschungen der als Zahlungsmittel verwendeten Stücke der Schapanweisungen des Deutschen Reichs von 1923 (Goldanleihe), fällig am 2. September 1925, über 0,42 M. Gold = 3/10 Dollar, 1,05 M. Gold = 3/4 Dollar, 2,10 M. Gold = 1/2 Dollar, 4,20 M. Gold = 1 Dollar, 8,40 M. Gold = 2 Dollar und 21 M. Gold = 5 Dollar beobachtet worden. Es erscheint daher angezeigt, die Verwendung dieser Stücke als Zahlungsmittel aufzuheben. Die Käffen des Reichs werden die vorbezeichneten Abschnitte der Goldanleihe nur noch bis zum 20. Mai d. J. in Zahlung nehmen. Um die Stücke aus den Verkehr zu ziehen, wird den Inhabern angeboten: a) die Einlösung zum

schmelzender Liebeshwürdigkeit beiseite: „Niemand wird der Oberbürgermeister die Ausführung bewilligen!“ Und so geschieht es. Die längst eingeschüchterte Baupolizei soll nochmals nachprüfen, findet aber beim besten Willen nichts, und der Sachverständigenausschuß wiederholt mit Majorität seine Genehmigung. Neues Gespräch mit Hoffmann: „Ich würde ja gern, aber der Oberbürgermeister!“ Das amnuttige Spiel wiederholt sich immer aufs neue. Einen schriftlichen Bescheid hast du selbst nach vier, sechs oder acht Monaten noch nicht erhalten. Dein Bauberr steht alle seine Hoffnungen verlinken; er würde ganz verzweifeln, wenn er wüßte, daß er am Ende der Komödie noch die „üblichen“ zehn Prozent der Baumsumme in die Planschwielenkasse des Herrn Oberbürgermeisters wird stiften müssen.

Du gehst in deine Fachorganisationen und klagst Freunden dein Leid. Schallendes Gelächter antwortet dir: „Wissen Sie denn nicht, daß es Duhenden und aber Duhenden von uns seit diesen Jahren ebenso geht, daß Hoffmann grundsätzlich neue Talente nicht aufkommen läßt, und das Baurat Hoffmann und Oberbürgermeister Böh eins sind? Lasciate ogni speranza!“

Fritz Hellwag.

Am 3. d. M. wurde vom Bund Deutscher Architekten folgender Beschluß gefaßt: „Einseitige und bevormundete Entscheidungen der Behörden und ihrer sachmännischen Berater haben in letzter Zeit die Tätigkeit der künstlerisch selbständig schaffenden Architekten, die Unternehmenslust der Bauherren und die Wiederaufrichtung der Bauwirtschaft wiederholt empfindlich geschädigt. Unter dem Druck dieses untragbaren Zustandes fordert der BDA (Bund Deutscher Architekten) für alle künstlerisch schaffenden Architekten jeder Richtung volle Freiheit. Er lehnt jede künstlerische Diktatur ab und sieht nur im ungehinderten Wettbewerb das Mittel, die charaktervolle Entwicklung des Berliner Stadtbildes anzubahnen.“

Der Bund Deutscher Architekten hat die obestehende Erklärung noch durch die Drohung verklärt, keine Mitglieder aus allen städtischen Ausschüssen zurückziehen zu wollen, wenn nicht sehr bald eine gründliche Besserung einträte.

Neugestaltung der „Großen Berliner“. Die Große Berliner Kunstausstellung, die Ende dieses Monats am Lehrter Bahnhof eröffnet werden soll, sieht diesmal unter der Leitung von Hans Baluschek. Der Verein Berliner Künstler, die Romberggruppe und der Bund deutscher Architekten beteiligen sich an ihr. Die Freie Sezession ist in letzter Stunde leider ausgeschieden, nachdem die Berliner Sezession von vornherein erklärt hatte, nicht mitmachen zu können. Es soll eine schärfere Auswahl als gewöhnlich stattfinden; die Jury wird, heißt es, streng und rückblicklos arbeiten. Die Zahl der Ausstellungsräume ist erheblich beschränkt worden: nicht weniger als zwölf Säle und Zimmer fallen fort. Die Eingangshalle verbirgt ihre fürchtbaren wilhelmianischen Stützornamente unter einem schlichten Zeltdach. Im zweiten Raum, dem sogenannten „Ehrensaal“, wird eine Auslese aus dem Kunstbesitz der Stadt Berlin zur Schau gestellt werden, im Saal 1 veranstaltet der Bund Deutscher Architekten eine retrospektive Ausstellung „300 Jahre Robell“. Das anschließende Zimmer 17 soll der Buchillustration ge-

Renner in Rentenmark oder gesetzlichen Zahlungsmitteln, b) der Umtausch in neue unzerzinsliche auf 500, 1000 und 2000 Goldmark lautende Schatzanweisungen, die am 1. September 1924 oder am 1. Juni 1925 fällig werden. Die Antragsteller können zwischen diesen beiden Arten von Schatzanweisungen wählen. Sämtliche Reichsbankaktiva nehmen die Goldanleihebestände zur Voreinführung oder zum Umtausch in unzerzinsliche Goldschatzanweisungen entgegen. Die Annahme zur Einföhrung wird mit dem 20. Mai 1924 geschlossen. Vom 21. Mai ab sind die kleinen Stücke der Goldanleihe lediglich Wertpapiere, die börsenfähig gehandelt werden.

Die Nachnahme des Ministeriums.

Wer die Republik schützt, muß dafür bezahlen.

Ein Parteigenosse schreibt uns: Am Herbst v. J. bekam ich einen Postpaketschmitt in die Hand, der den poststaatlichen Stempel aufwies: Schleswig, 21. 7. 23, 7-8 R. 1c. Darunter war als Adresse des Adressierten gedruckt: Königliches Oberversicherungsamt in Schleswig. Man kann heute keinem, der mit offenen Augen und Ohren in seinem Volk steht, noch zuzumuten, zu glauben, daß es sich hier noch um ein harmloses Versehen irgendeines ebenso harmlosen Beamten handelt. Die auf die Republik vereidigten und von der Republik ihr Gehalt empfangenden Beamten haben in diesen Jahren merkwürdig viel derartige „Versehen“ zu verzeichnen. Kurz und gut, ich glaube nicht daran, und wählte diesmal den Weg der persönlichen Klärung, schrieb direkt an das Oberversicherungsamt in Schleswig und erludete, unter Beifügung einer frankierten Rückkarte, um Auskunft, wie es kommt, daß dort noch Formulare mit dem Aufdruck „Königlich“ im Gebrauch sind und ob noch mehr derartige Formulare verwendet werden. Das war am 19. Dezember 1923. Bereits am 23. Dezember hatte ich meine frankierte Karte wieder, in Schleswig zur Post gegeben, aber ohne jegliche auch nur die geringste Mitteilung. Dann kam Weihnachten und Neujahr davongesprochen und im Januar wandte ich mich an das Reichsversicherungsamt, das die Sache an das Preussische Wohlfahrtsministerium weitergab. Sehr interessant war, daß sowohl das Reichsversicherungsamt als auch das Preussische Wohlfahrtsministerium in seinen Stempel zwar nur das Wort: Reichsversicherungsamt trug, wohl aber noch den alten kaiserlichen Adler mit der Krone. Die Krone war ebenfalls durchgestrichen. Dennoch mußte dieser Stempel neuen Datums sein. Das Preussische Wohlfahrtsministerium ließ sich eine gute Weile Zeit. Endlich, am 10. April, also nach zwei Monaten, kam ein Schreiben des Ministeriums, worin mir mitgeteilt wurde, daß ich einen mir am 27. März erteilten Befehl die Annahme verweigert hätte. In dieser Zeit war allerdings ein Nachnahmestempel des Ministeriums vorgelagert worden, den ich mit 3,45 Goldmark einlösen sollte. Ich war mir nicht bewußt, beim Ministerium etwas bestellt zu haben, kam auch nicht entfernt auf den Gedanken, daß ich für einen Hinweis auf eine grade Ungehörigkeit eines republikanischen Beamten und für eine Zuschrift darüber noch 3,45 Goldmark zahlen muß. Zwar beruft sich nun das Ministerium auf eine Verordnung, m. E. aber sehr zu Unrecht. Einmal hätte ich im Dezember jene Freikarte beigefügt, die in ungläublicher Dreistigkeit ohne jede Mitteilung zurückgeschickt worden war. Zum andern hätte ich nicht die Dienste des Ministeriums in irgendeiner persönlichen Sache beansprucht, sondern es handelt sich hier um eine Angelegenheit im öffentlichen allgemeinen Interesse. Das Ministerium hätte allen Grund gehabt, mir schleunigst, ohne allen bürokratischen Schnitzschind ein Entschuldigungsschreiben zu senden. So aber wirkt die „Gebrähe“ wie eine Strafe dafür, daß man es als Republikaner gewagt hat, sich — 5 1/2 Jahre nach Errichtung der Republik — über einen Beamten zu beschweren, der entweder pflichtvergessen oder lichterloh war, und es gewinnt den Anschein, als ob man sich mit solchen übertriebenen hohen Gebühren alle als fällig und unbequem empfundenen Fragen und Mahnen vom Hals halten will. Auf diese Weise geht es aber ganz bestimmt nicht, und das Ministerium täte gut daran, nicht mich, sondern jene Schleswiger Beamten zur Teugung der Unkosten zu verdonnern.

Die Stern- und Kreisfahrt hat die Fahrten vom Potsdam zur Baumbühle nach Berder wieder aufgenommen. Bei anhaltender Wärme dürfte die Blüte schon gut entwickelt haben und ein Ausflug dorthin sicher lohnend sein. Zwischen Wannsee-Potsdam-Berder und auf dem Tegeler See ist halbständiger Dampferverkehr.

mitmet werden; in den Zimmern 9, 10 und 18 findet die Graphik Unterkunft. Die Räume 3—8, 21 und 22 beherbergen den Verein Berliner Künstler, 23—26 die Rosensberggruppe. Während der Ausstellungszeit sollen Führungen und Vorträge veranstaltet werden, die vor allem den Zweck haben, die Besucher in die Geheimnisse der mäterischen, graphischen und plastischen Techniken einzuleiten.

Die Sahara-Eisenbahn. Frankreich strebt schon seit langem danach, eine Eisenbahnverbindung zwischen seinen nordafrikanischen Kolonien und seinen mittelafrikanischen Kolonien am Niger quer durch die Sahara herzustellen. Der Plan einer Sahara-Eisenbahn ist nunmehr in des Stadium der Verwirklichung getreten. Näheres über dieses Projekt teilt Dipl.-Ing. Wangold nach französischen Quellen in der „Ansicht“ mit. Die zur Ausführung in Aussicht genommene Linie verläuft folgendermaßen: Die Saharabahn soll bei Oran in Algerien beginnen und in einer im wesentlichen südlichen Richtung über Colomb-Béchar, Taurirt, Quallen, Tasselt nach Tofane am Niger führen und in derselben Richtung weiterlaufen, in Ouagadougou Anschluß an das im Bau befindliche Eisenbahnnetz von Mittelafrika finden. Die Bahn, die eine große militärische und wirtschaftliche Bedeutung besitzen wird, soll im Kriegesfall eine unzerstörbare Verbindung des Mutterlandes über das Mittelmeer und Algerien nach dem französischen Sudan bilden; sie wird so angelegt, daß sie später ohne Schwierigkeiten bis zum Ithabsee und Kongofluß verlängert werden kann. Die Saharabahn wird in Wasserfassung wird man wahrscheinlich elektrischen Betrieb wählen, wobei der Strom in 7 Kraftwerken mit 70 000 Volt Spannung erzeugt und in Unterstationen auf eine Arbeitsspannung von 18 000 Volt umgeformt werden soll. Doch ist noch eine andere Betriebsform in Erwägung gezogen worden, nämlich die Verwendung von Verbrennungsmotoren, die wenig Wasser brauchen und mit Pflanzenöl gespeist werden können, das im Lande selbst hergestellt wird. Die Baukosten sind mit 150 000 Goldfrank pro Kilometer geschätzt, so daß die 3000 Kilometer lange Gesamtstrecke ungefähr 450 Millionen Goldfrank kosten würde.

Otto Marcus, der Generalsekretär des Reichswirtschaftsverbandes hilfender Künstler, hat infolge eines Konfliktes mit dem Kultusministerium sein Lehramt an der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbmuseums niedergelagt.

Keldent-Theater. An der Aufführung von Toller's „Hinkemann“ spielt bis auf weiteres ebenfalls Heinrich George vom Staatstheater die Rolle des Hinkemanns.

Das Große Schauspielhaus als Kino. Es soll die Kasse bestrafen, das Große Schauspielhaus von der nächsten Spielzeit ab in ein Kitzspieltheater großen Stils umzuwandeln.

Chrenodor Macdonald. Gelegenheitlich einer Gedächtnisfeier zu Ehren des Lord Kelvin wird die Glasgower Universität Ramsay Macdonald zum Ehrenbürger der juristischen Fakultät ernennen.

Ein internationaler Chirurgienkongress ohne Deutsche. Im Rom soll in diesem Jahre ein internationaler Chirurgienkongress stattfinden, aber die deutschen Chirurgen werden sich, wie der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie bei ihrer letzten Tagung mitteilte, an dieser Veranstaltung nicht beteiligen. Die Franzosen haben sich nämlich bei den Verhandlungen zwar bereit erklärt, die deutsche Sprache als Kongresssprache anzunehmen, wollen aber den deutschen Teilnehmern verbieten, an der Diskussion teilzunehmen.

„Nicht umgelegte Betriebskosten.“ Zu den Ausführungen, die kürzlich unter dieser Überschrift im „Vorwärts“ gemacht wurden, wird uns mitgeteilt, daß der Hausbesitzer bei den Betriebskosten bis zur Höhe von 15 Proz. nicht verpflichtet ist, einen Beleg zu liefern. Erst wenn die Betriebskosten mit 15 Proz. nicht abgeglichen werden können und die Erhebung der vorgesehenen weiteren 3 Proz. notwendig ist, muß der Vermieter einen entsprechenden Beleg liefern.

Im Rottensheim Schloß Land (Ostpr.) und im Rottensheim bei Schwetzer Bianca Grau, Reuporichsdorf bei Schandau, sind Blühe frei. Ausnahme finden erholungsbedürftige Personen, welche die Preise in Hotels oder Privataben nicht bezahlen können. Preise einschließlich Verpflegung für Land 2,75 M. und für Reuporichsdorf 3 M. pro Tag. Anmeldungen Bahnenstr. 23 ab 6. Mai.

„Vor den Toren Berlins.“ Für Pfingsthausbesucher hochinteressant wird der letzte der Märkischen Vorträge von Edgar Selle „Vor den Toren Berlins“ sein — diesmal im Bestande des Märkischen Museums, Saalstr. 84, am Mittwoch, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, hatfindend — welcher die schönsten Landschaftsgelände rund um Berlin, die sich in ein bis zwei Tagen besuchen lassen, schildert und durch 120 herrliche Lichtbilder von naturgetreuer Farbenpracht veranschaulicht wird.

Belegschaftsausschuss Groß-Berlin. Am Sonntag, den 11. Mai, pünktlich 9 1/2 Uhr, im Staatstheater Charlottenburg (Schiller-Theater) Beer Gant von Herrn Olsen.

Die Wiedergeburt der Straßenbahnen. In den letzten Monaten sind mehrere Straßenbahnen wieder in Betrieb genommen. So am 1. März der Betrieb der Leipziger Luchebahn, am 5. April der Straßenbahn in Heilbronn, am 1. Mai Reutlingen-Enlingen-Pfaffingen, am 16. März Münster i. W., im April Kottbus, Regensburg, Minden i. W., Hildesheim, Remscheid. Die Inbetriebnahme weiterer Linien in anderen Städten steht bevor, so daß man in kurzer Zeit damit rechnen kann, daß alle während der Inflationszeit stillgelegten kommunalen Verkehrsunternehmungen wieder in Betrieb genommen sind bzw. ihren Verkehr wieder auf den alten Umfang erweitern.

Einen tragischen Tod fand die 22jährige Postbeamtin Luise Wiffel aus Hannover, die mit ihrer Mutter im Hause Genthiner Straße 3 zum Besuch weite. Sie stürzte aus einem Fenster des vierten Stockwerks in den Hof und blieb blutüberströmt liegen. Man schaffte sie nach dem Städtischen Krankenhaus, wo der Arzt nur noch den Tod infolge eines Schädelbruchs feststellen konnte. Das junge Mädchen war aus Fenster getreten, um hinauszufliehen. Es benutzte dabei eine Fußbank, verlor infolge eines Schwindelanfalls das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe.

Tödlicher Absturz dreier Monteurs. In der Margarinestabrik Adlerwerke an der Darmstädter Landstraße stürzten heute mittag drei Monteur, die mit Reparaturarbeiten beschäftigt waren, in einen Aufzugschacht und waren auf der Stelle tot.

Ein folgenschweres Unglück. Durch ein Unwetter wurde das Dorf Kleinbern die (Grafschaft Hohenstein am Harz) fast vollständig vernichtet. Von etwa 50 Häusern, die von dem orkanartigen Gewitter beschlägt wurden, sind 20 ganz besonders stark betroffen. Von den Häusern wurden die Dächer abgedeckt, die Fenster scheiben und Fensterräume durch herumschwebende Ziegelsteine eingeschlagen oder herausgerissen. Das Dorf macht den Eindruck, als sei es von Artillerie beschossen worden und gleicht einem Trümmerhaufen. Ob Menschenleben zu beklagen sind, steht noch nicht fest. Es soll sofort eine großzügige Hilfsaktion in die Wege geleitet werden.

Für den Nordflug umundens von Bifa nach Spitzbergen sind nunmehr die endgültigen Verfügungen getroffen worden. Zwei von dem amerikanischen Leutnant Davison und von dem norwegischen Flieger Barren gesteuerte Flugzeuge werden am 15. Mai nach Zürich aufsteigen, das dritte, von dem italienischen Leutnant Locatelli geführte Flugzeug, wird den Flug am 1. Juni antreten.

38 chinesische Piraten hingerichtet. Nach Meldungen aus Hongkong sind 38 chinesische Piraten, die kürzlich den Dampfer „Rwongat“ in den Gewässern von Hongkong überfallen und ausgeplündert hatten, auf Befehl der chinesischen Behörde von Heung-Chan standrechtlich erschossen worden.

Die Cholera in Indien. In der Provinz Bihar in Indien hat die Cholera in diesem Jahr bereits 10 000 Todesfälle verursacht, davon in der letzten Woche 1000 in dem Bezirk Champaran, der am schwersten heimgegriffen ist. Die Epidemie nimmt noch immer zu.

Arbeiterport.

Sport-Vereinigung Sparta 1911. Leichtathletik, Fußball, Boden, Handball. Vorl.: Willi Wendt, Berlin-Friedrichshagen, Wilmersdorf, 21; Leichtathletik: Dr. Bühner, 2; Druckenherz, 2; Fußball: Richard Plöge, Berlin, 2; H. Weigelt, 1; Boden: Karl Gerin, 1; Feldmann, 1; G. Grottel, 2. M. Weidmann, 1; 40.41. — Jeden Dienstag und Donnerstag Training im Schiederer Stadion. Es spielen zurzeit 4 Fußballmannschaften und 1 A.-H.-H.-Mannschaft, 2 Bodemannschaften und 1 Handballmannschaft. Gäste sind freundlich willkommen. — Fußballveranstaltungen am Freitag, 6. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal Glanz-Dach, 29.

Russ- und Sportverein „Eifer“, Aepfel, Sonntag, 12. Mai, von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags findet am dem Gespörtsplatz die Wahl zum Bundesturntag statt. Mitbestimmbar gilt als Auswies. Als Mitglied über 14 Jahre sind stimmberechtigt. — Das Naturdenkmal findet ebenfalls am 12. Mai statt.

Mannschaftsaustausch im Ringen. Um die Kreismeisterchaft des K.u.V. d. Mitteln der Berliner Sportsvereine, R. S. B. West und dem Sportklub „Eifer“ zu übernehmen finden am Freitag, den 9. Mai, um 10 1/2 Uhr in der Turnhalle Amalthea 37 große Kämpfe statt. Da beide Vereine zurzeit an der Spitze des Ringens im K.u.V. d. Mitteln stehen, ist mit spannenden Kämpfen zu rechnen. Die Berliner Sportsvereine, Kreismeister im Ringen 1922 und 1923, wird gegen den Kreismeister 1922, „Eifer“, zu beweisen haben, welcher von beiden die bessere Mannschaft heißt. Vorher findet der Kampf der B-Mannschaften dieses Vereins statt und werden beide Vereine mit besserer Mannschaft antreten.

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.			
Gerstengraupen, lose ..	15,25—16,75	Malzkafee, gepackt ..	22,00—24,00
Gerstengraupen, lose ..	15,25—16,25	Röstkaffee, lose ..	16,50—18,00
Haferflocken, lose ..	15,25—15,75	Kakao, fettarm ..	100,00—120,00
Hafergrütze, lose ..	16,00—16,50	Kakao, leicht entölt ..	120,00—140,00
Roggenmehl 0/1 ..	12,25—13,75	Te, Souchon, gepackt ..	380,00—430,00
Weizenmehl ..	15,00—19,00	Te, einfacher, gepackt ..	42,00—50,00
Hartgeröl ..	22,00—25,50	Inlandzucker basis mei. ..	39,00—41,00
Malzextrakt ..	—	Inlandzucker Raffinade ..	41,50—43,00
70% Weizenmehl ..	14,00—15,75	Zucker Würfeln ..	45,00—47,50
Weizen-Auszugmehl ..	16,50—21,00	Kunsthonig ..	34,00—39,00
Speiseerbsen, Viktoria ..	13,50—16,00	Zuckerrüben hell in Elm. ..	41,00—49,00
Speiseerbsen, kleine ..	12,25—14,50	Speiseerbsen dunkel in Elm. ..	28,00—33,00
Bohnen, weiße, 1/2 Pf ..	25,50—29,00	Marmelade Einf. Erdb. ..	108,00—120,00
Langbohnen, handverles. ..	26,00—34,00	Marmelade Vierfrucht ..	40,00—45,00
Linsen, kleine ..	38,00—41,00	Pflanzmehl in Eimern ..	42,00—48,00
Linsen, große ..	42,00—48,00	Steinsalz, lose ..	3,10—3,75
Kartoffelmehl ..	18,50—21,00	Steinsalz, lose ..	4,00—4,75
Makkaroni ..	40,00—46,00	Bratenschmalz in Tierces ..	65,00—67,00
Makkaronimehl ..	36,00—37,50	Bratenschmalz in Kuebeln ..	67,00—69,00
Schnittmehl, lose ..	28,00—24,00	Purelard in Tierces ..	64,00—68,00
Bruchreis ..	15,00—17,00	Speisetalg in Kisten ..	64,50—68,50
Rangoon Reis ..	16,50—19,00	Speisetalg in Packung ..	50,00—53,00
Tafelreis, glasirt, Patna ..	24,00—31,00	Speisetalg in Kuebeln ..	48,00—50,00
Tafelreis, Java ..	30,00—36,00	Margarine, Handelsm. I. ..	52,00—55,00
Ringspel, amerik. ..	88,00—95,00	desgl. II. ..	52,00—55,00
Getr. Pflaumen 90/100 ..	42,00—45,00	Margarine, Spezialm. I. ..	76,00—
Pflaumen, entsteint ..	50,00—55,00	desgl. II. ..	61,00—65,00
Ca. Pflaumen 40/30 ..	70,00—75,00	Margarine III. ..	45,00—48,00
Rosinen in Kisten, Candia ..	70,00—80,00	Molkereibutter I., Pässern ..	215,00—218,00
Sultaninen Caraburnu ..	75,00—80,00	Molkereibutter in Pack. ..	220,00—223,00
Korinthosen, choice ..	77,00—83,00	Landbutter ..	165,00—170,00
Mandeln, süße Bari ..	145,00—125,00	Auslandbutter in Pässern ..	215,00—218,00
Mandeln, bittere Bari ..	130,00—150,00	Auslandbutter in Pack. ..	220,00—223,00
Zimt (Cassia) ..	110,00—120,00	Corned beef 1/2 lb p. K. ..	33,00—36,00
Kümmel, holländischer ..	130,00—135,00	Speck, geschlagen, fett ..	62,00—70,00
Schwarzer Pfeffer Singhap. ..	165,00—111,00	Quadratkäse ..	32,00—35,00
Weißer Pfeffer ..	185,00—148,00	Quarkkäse ..	35,00—38,00
Rohkaffee Brasil ..	180,00—220,00	Thiler Käse, vollfett ..	120,00—125,00
Rohkaffee Zentralamerika ..	125,00—290,00	Aus. ungesch. Condens-	
Rohkaffee Brasil ..	240,00—290,00	milch 48/14 ..	21,00—24,00
Rohkaffee Zentralam. ..	300,00—390,00	indische, 48/12 ..	17,50—18,50
		Ind. gez. Condensam. 48/14 ..	27,00—28,00

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.

Wichtige Sitzung Sonnabend, den 10. Mai, abends 6 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3.

- 1. Kreis Veranoer Weg. Wohnung. Abteilungsleiter! Die bis heute, Donnerstag abend, beim Kreisleiter nicht abgerechneten Mitgliedsbeiträge sind von den Jubilaren zu bezahlen.
- 14. Kreis Reutlingen. Erweiterter Kreisverbandbestellung am Freitag, den 9. Mai, 7 1/2 Uhr, an bekannter Stelle. Engerer Kreisverband 6 1/2 Uhr ebenfalls.
- 7. Kreis Charlottenburg. Sonnabend, den 10. Mai, von 5-7 Uhr, im Arbeiterjugendheim, Rosenstr. 4, n. 1, Gewehr- und Rasenklub der freien Schulgemeinde. Unentgeltlicher Mat und Musikant in allen Schulzügen. Anmeldungen zur Jugendwehr.

Heute, Donnerstag, den 8. Mai:

- 101. Abt. Repton. 7 1/2 Uhr Vorstandssitzung mit den Redaktionsleitern in der Nordwies-Gebrüder, Reichsstr. 18b.
- 114. Abt. Hildesheim. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Schwaner, Cabriestrasse 17.
- Jungsozialisten und Ältere A.-S. Kreis Friedrichshagen. Im Jugendheim, Hildesheim Str. 45, um 7 Uhr ordentliche Mitgliederversammlung der A.-S. bis 9 Uhr Festlegung des gemeinsamen Arbeitsprogramms mit der K.P.D. — Gruppe Kordell. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Danziger Str., Schul- und Disziplinationsabteilung: „Die deutsche Frage“.
- 74. Abt. Hildesheim, Kameragruppe. Abends pünktlich 8 Uhr bei Schwaner, Potsdamer Str., Aussprache über die Wahlen und Besetzung. Alle Frauen sind eingeladen.

Morgen, Freitag, den 9. Mai:

- Schönberg, 77. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Jürgen, Barbarossastr. 26. — 79. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Graf, Sedanstr. 17. Sitzungsprotokoll zum Wahlergebnis.
- 81. Abt. Reichenow. 8 Uhr erweiterte Vorstandssitzung bei Klade, Sandbergstr. 26/27.
- 101. Abt. Repton und Baumgartenweg. Bildungssektion! 8 Uhr 20. Fortbildung wissenschaftlicher Filme in der Repton-Sternhalle. 1. Preis der Woche. a) Das Wattenmeer und seine Bewohner. b) Strandgebirgsfilme, ein Spaziergang auf Belgien. c) Tiergärten des Westens. 2. Familie Zimmerlich (Goldammer). 3. Eine kleine Schwalbennest (Schwarze). Eintritt 30 Pf. Beginn 4 Uhr Vorführung für Kinder Eintritt 15 Pf.
- 115. Abt. Hildesheim. 7 1/2 Uhr Funktionärsvorversammlung bei Käthe, Frontforter Allee, Ecke Grünstraße. Abrechnung der Wahlleistungen und Reibungen.
- 120. bis 120. Abt. Senftenow. 7 1/2 Uhr Jugendheim Funktionärskonferenz. Jungsozialisten Gruppe Schönberg. Jugendheim, Rubensstraße, Reichsstr. abend.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaft!

Morgen, Freitag, 9. Mai, abends 7 1/2 Uhr, beginnt im Jugendheim (Reichenow), Lindenstr. 3, die Arbeitsgemeinschaft des Gewerkschaftsverbandes über den „Entwicklungsstand des Sozialismus“. Einige Teilnehmer können bestellt nach ausgenommen werden.

Achtung, Jugendhöfe!

Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, im Gefängnis der Schule Steinstraße 23/4, Zusammenkunft aller Chormitglieder. Neben dem Mai-Jugendklub. Erscheinen aller Chormitglieder in Pflicht!

Achtung, Abteilungsleiter!

Die Abteilungen, welche bis heute noch nicht die Deber zur Kundgebung angekündigt haben, sowie noch nicht die Treffpunkte zum Mai-Jugendklub übermitteln haben, müssen dieses umgehend tun.

Die Ordnerkonferenz

Habet bestimmt morgen, Freitag, den 9. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, statt. Alle Ordner müssen bestimmt anwesend sein.

Heute, Donnerstag, den 8. Mai, abends 7 1/2 Uhr:

Abteilungs-Mitgliederversammlungen.

Gesamtdarunter 1. Schule Götterbärger Str. 2. — Marienfelder: Schule Berliner Str. 1. — Reutlingen: Jugendheim, Wändener Str. 33. — Reutlingen IV: Eifel „Bismarck“. Steinbockstraße. — Reutlingen V: Jugendheim, Schillerstr. 44. — Norden: Schule Tübinger Str. 3. — Seneleber-Dorfer: Schulhaus Oberberger Str. 57. — Sildwest: Jugendheim, Lindenstr. 3. — Reichenow: Schulhaus, Rausstr.

Werbegebiet Potsdam. Jugendheim, Breite Str. 22. 11. Abends. „Der Kampf der Frau im wirtschaftlichen Leben.“

Sos. Arbeiterjugend und Jungsozialisten, Kreis Friedrichshagen. Heute, Schule Tübinger Str. 4. Vortrag: „Das Gebot der Stunde.“ Jüngere Parteigenossen sind herzlich eingeladen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freie Hochschule. Am 8. Mai, 7 1/2 Uhr abends, in der Aula der Sophien-Schule, Bismarckstr. 17, „Der Sozialismus“. Thema: „Die soziale Frage“ — „Was ist“? Es werden sprechen: Ein Kommunist, ein Sozialist und Herr Dr. Buchmann.

Gemeinschaft sozialistischer Freunde, Steglitz. Mitgliederversammlung: Donnerstag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Rindfleischstr. 27. Weitere Vorträge und Vortrag der Genossin Triffo. Gäste und Jungsozialisten willkommen.

Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen, Berlin-Tempelhof. Am Freitag, den 9. Mai, im Pflanzhof der 6. Reptenen Gemeindefabrik, Wilmersb. 37 III. Vortrag des Herrn Oberstudiendirektors Dr. C. Goldbeck über „Jugendkriminalität und Waisen“. Beginn 8 Uhr.

Geschäftliche parteipolitische Versammlung. Öffentliche Versammlung am Freitag, 9. Mai, abends 7 1/2 Uhr, im Saal des „Königsbrennerei“, Alexanderstr. 77a. Der frühere berufliche Landesvorsitzende Riessler spricht über das Wahlergebnis. Freie Aussprache.

Verband Volksgesundheit, Dessauer Kreis. Donnerstag, 8. Mai, 8 Uhr, im Kasseler Kindergarten, Tüfeln, Ecke Grünstraße, öffentliche Vortrag „Kultur- und Kultur“. Referent: Gen. Gullow Kerpel. Wissenschaftliche Diskussion. Eintritt frei. Sonntag, 11. Mai: Frühlingstanz in unserem Pflanzhof in Wilmersb. Gesehn: Gemischter Chor, Rezitationen, Vorträge u. a. Beginn 5 Uhr Treffpunkt 7 Uhr Schilf, Schilf, Hauptportal.

Der Reichsverband der Kriegesbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegesinvaliden, Ortsgruppe Reutlingen. Versammlung am Montag, den 12. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der Berliner Rindfleischstr. Hermannstr. 14—16, eine Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zum Bundeskongress und Wahl der Delegierten. Aufnahme neuer Mitglieder am Eingang des Saales.

Sport.

Reunen zu Ruhleben am Mittwoch, den 7. Mai:

- 1. Rennen: 1. Baxander (H. Wills), 2. Baron Joo (H. Wills), 3. Quelle IV (Weidmüller). Toto: 43: 10. Platz: 13, 13, 17: 10. Ferner liefen: Rudolf I. Idekelt, R. Ester Wolfertomer, Armida I, Baron Watts jr., Teilo, Palma I, Mödel.
- 2. Rennen: 1. Wanganavos (Grohmann), 2. Veralia (G. Treuher), 3. Lindenhof (H. Ringius). Toto: 12: 10. Platz: 11, 12, 10: 10. Ferner liefen: Ange I. Lorenzo, Schwarzwaldbädel, Carolanus, Katharina, A. Rennen: 1. Adler (Jürgens), 2. Angraf (H. Gorman), 3. Burt (H. Brandt). Toto: 24: 10. Platz: 14, 25, 18: 10. Ferner liefen: Antranj I, Prinz Rudolf, Whitros, Bismarck, Jolon jr., Albertson, Radhatter, Karmel, Fritz Bog, Flora Bingen, Wallisch.
- 4. Rennen: 1. Ray (H. Steger), 2. Johannes (Raupen), 3. Florentin (H. Wills). Toto: 14: 10. Platz: 10, 10: 10. Ferner liefen: Obolit.
- 5. Rennen: 1. Frankenstein (H. Ringius), 2. Florian (H. Eilertner), 3. Homer (Grohmann). Toto: 35: 10. Platz: 13, 22, 14: 10. Ferner liefen: Ales Balis, Oleg B. Wilsold, Rosa Forde.
- 6. Rennen: 1. Sose (E. Fremth), 2. Renscheid (Rudnadel), 3. Rabanon (H. Reusenfeld). Toto: 154: 10. Platz: 15, 11, 15: 10. Ferner liefen: Bradhans, Falter, Stuart Weisbe, Wotter I, Luis vize wurde als 2. disqualifiziert, 80 Proz. der Wählerstimmen zurück.
- 7. Rennen: 1. Johannseuer (H. Schröder), 2. Baischari (E. Bert), 3. Ute I (H. Grude). Toto: 19: 10. Platz: 13, 14, 20: 10. Ferner liefen: Waldkönig I, Lu Watt, Hoffnung, Lu, Lasheder, Baron III (disq.), Niagara I, Blumwaffe.
- 8. Rennen: 1. Feldpreis I (H. Wills), 2. Silberius (H. Schulz), 3. Bild I (Simorath). Toto: 30: 10. Platz: 11, 11, 28: 10. Ferner liefen: Grundberg, Erbchaft, Gudrum II, Wallpieler.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Agitated- und Kaffeebrennerei „Ruso“, Rand n. G. H. H. Berlin, O. 2. 13. Röhler, 4. Haus Hof von Kollisch, bringt 5 Agitatedmaschinen zu 2 1/2 und 3 Pf. in den Handel. Diese Agitatedmaschinen sind von Qualität und können angeben, die besten Leistungsleistungen, die man in unterstehender der billigen Preisliste verlangen kann. Die Maschinen sind aus rein orientalischen Taktelen hergestellt. Die Firma fabriziert bereits seit 4 Jahrzehnten Agitatedmaschinen und ist dadurch die Garantie gegeben, daß die Maschinen von erstklassigen Industriellen zusammengekauft werden.

Wetter für Berlin und Umgebung. Zunächst ziemlich warm und trübe mit leichten Regenschauern, frühmorgens Gewitter, später nach West drehende Winde mit zeitweiliger Aufhellung und Abkühlung, aber noch Neigung zu Regenschauern.

Die preussischen Gemeindewahlen

RPD-Reichstagswähler - USPD-Gemeindewähler!

Ueber die Gemeindewahlen wird leider bisher keine zuverlässige amtliche zusammenfassende Statistik geführt. Sie sind gegenüber den selbstverständlich viel wichtigeren Reichstagswahlen allgemein fast kaum beachtet worden. Der weiteren Öffentlichkeit wurden nur die von der Telegraphen-Union mitgeteilten Wahlergebnisse einiger wesentlicher Großstädte bekannt. Eine oberflächliche Durchsicht der Provinzpresse ergibt aber, daß der erste ungünstige Eindruck der Gemeindewahlergebnisse für die Sozialdemokratie sich keineswegs überall bestätigt. An sehr vielen Stellen hat die Sozialdemokratie durchaus ihre Stimmenzahl behauptet und auch die Mehrheit in den Gemeinden weiter fest in der Hand. Besonders interessant ist die auffällige Erscheinung, daß ein großer Teil der Wählerschaft ganz offensichtlich zu den sozialdemokratischen Gemeindevereinigungen bedeutendes Vertrauen haben muß. Trotzdem die Beteiligung bei den Gemeindewahlen (schon wegen des eingeschränkten Wahlrechts) durchschnittlich geringer ist als bei den Reichstagswahlen, ergibt sich die auffallende Tatsache, daß in der großen Mehrzahl der Gemeinden die Sozialdemokratie bei den Gemeindewahlen mehr Stimmen auf sich vereinigt, als bei den Reichstagswahlen. Man kann daraus wohl den Schluß ziehen, daß überall da, wo die Wähler Gelegenheit haben, die Sozialdemokratie bei der praktischen Arbeit zu sehen, sie ihr in größerem Umfang die Stimme geben. Meistens handelt es sich bei den Mehrstimmen ganz offensichtlich um solche, die bei den Reichstagswahlen der RPD zuzurechnen sind. Aber auch der andere radikale Flügel - die Deutschnationalen - erhielt bei den Gemeindewahlen weniger Stimmen. Große Massen sind durch die scheinbare Erfolglosigkeit der Reichspolitik verärgert, sie sind aber keineswegs zuverlässige Befolgsmänner der Baronenfabrikanten. Konsolidierung und Arbeit wird ihre Reihen leuchten.

Diese Beobachtung geht parallel mit der anderen wichtigen Tatsache, daß an allen Orten, wo im Laufe der letzten Zeit Wahlen gemein sind, die Sozialdemokratie ausnahmslos nicht nur in Sachsen, Thüringen und Bayern, wie es zuerst gemeldet wurde, sondern auch in Mecklenburg und Oldenburg relativ bedeutend zugenommen hat. Das Ergebnis der Reichstagswahlen wird breiten Schichten der Bevölkerung nun ja auch Gelegenheit geben, die praktischen Leistungen der bisherigen Oppositionsparteien, der Deutschnationalen wie der Kommunisten, gründlich kennen zu lernen. Die Lehre, die die Wähler später daraus ziehen werden, dürfte nicht anders ausfallen, als wie es bei den Gemeindewahlen auch beobachtet wird. Wir geben nachstehend eine Zusammenstellung einer Reihe von bisher noch nicht veröffentlichten Resultaten:

Gemeindewahlergebnisse.

Mittelelbe: USPD. 29 700 (26 414), RPD. 17 293 (17 489), Demokraten 11 066 (9062), Bürgerblock 20 705, Wirtschaftsblock 2434 (Sp., Dnt., 3. 28 575), Böttische 7919 (7657). Die eingeklammerten Ziffern beziehen sich auf die Reichstagswahl. Arbeitermehrheit bleibt. Wandsbek: USPD. 6766 (6197), RPD. 3829 (4064), Bürgerblock 10 605 (11 083), Reichstagswahl in Klammern. Wilhelmshagen: USPD. 5119 (9), RPD. 3114 (5), Wirtschaftsblock 2452 (4), Zentrum 538 (1), Böttische 1292 (3), Mieter 1487 (2), Demokraten 1556 (3), d. h. Arbeiterpartei 14 + 2, Bürgerliche 10, bisher rein sozialdemokratische Mehrheit. Eilen a. d. Ruhr: USPD. 25 407 (24 608), RPD. 52 487 (54 118), Polen 877 (1089), Christlichsoz. 6561 (6755), Partei für Verbesserungen (1) 4945, Dnt. 24 776 (20 953), Volkspartei 22 892 (19 892), Zentrum 63 122 (64 214), Demokraten 8515 (5935), Mandate USPD. 16, RPD. 19, Christlichsoz. 2, Verbesserungen 2, Deutschnationale 9, Volkspartei 9, Zentrum 24, Demokraten 3. Stele: USPD. 1643 (788), RPD. 1312 (1453), Christlichsoz. 1178 (967), Zentrum 2914 (3231) Christlichsoz. 1379. Kupferdreh: USPD. 702 (669), RPD. 1099 (1202), Deutschnationale 487, Volkspartei und Demokraten 584, Zentrum 2417. Gelsenkirchen: USPD. 8866 (8155), RPD. 29 979 (32 362), Off- und Westfälischer Wirtschaftsband (1) 3167, USPD. 729, Christlichsoz. 259 (775), Turn-, Sport- und Jugendpflege 1730, Deutschnationale

5905 (6653), Zentrum 24 893, Polen 1104, Demokraten 4170, Volkspartei 11 730.

Mühlheim (Ruhr): USPD. 7433 (7035), RPD. 12 083 (12 477), Volkspartei 7512 (7029), Demokraten 2430 (2067), Wirtschaftl. Vereinigung 5062 (2785), Zentrum 9911 (10 119), Deutschnationale 7657 (8705), Böttische 2459 (3059).

Sollingen: USPD. 4425 (3945), RPD. 6896 (8851), Bürgerblock 13 730, Republikaner 782.

Barmen: USPD. 12 054 (12 475), RPD. 18 886 (19 391), Deutschnationale 25 209 (28 473), Demokraten 4057 (3203), Christlichsoz. 811 (549), Westfälischer 4367 (1096), Zentrum 8219 (8753), Volkspartei 7978 (9919).

Elberfeld: USPD. 15 536 (14 417), RPD. 13 022 (13 261), Wirtschaftsbund 8296, Freiwirtschaftsbund 1052, Böttische 6248, Demokraten 3604, Deutschnationale 15936.

Cannep: USPD. 512 (487), RPD. 1547 (1796), Deutschnationale 1569 (1306), Volkspartei und Demokraten 1913, Zentrum 1071, Kriegssopfer 495.

Wilhelmshaven: USPD. 5, RPD. 1, Deutschnationale 3, Arbeitnehmergruppe 1, Böttische 1, Unpolitische Einheitsliste 7, Mietervereinigung 1, Beamtentml. 5.

Waldenburg: USPD. 6410 (11), RPD. 4237 (7), Demokraten 1125 (2), Zentrum 2563 (4), Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 6790 + 1020 (12 + 1).

Waldenburg (Bergarbeiterdörfer): Dittersbach: Linkspartheien 4031, Rechtspartheien 3390, Ketthammer: USPD. 1318, RPD. 340, Bürgerliche 1340, Oberjägerbrunn: USPD. 1533, RPD. 531, Bürgerliche Parteien 3085, Charlottenbrunn: USPD. 447, Bürgerl.-Evang. 304, Wäpfelegersdorf: USPD. 436, RPD. 337, Wirtschaftsgruppe 776, Seitzendorf: USPD. 432, RPD. 262, Bürgerliche 418, Reusajzbrunn: USPD. 1417, RPD. 471, Bürgerliche 895.

Riet: USPD. 28 441 (16), USP. 1863 (1), RPD. 10 490 (6), Volkswohl 21 497 (18), Ordnungsblock 20 314 (11), Hausbesitzer 11 228 (7), Böttische 5572 (3), Demokraten 5958 (3). (Bisher sozialdemokratische Mehrheit.)

Krammstorf: USPD. 13, RPD. 4, Bürgerliche Einheitsliste 10, Deutschnationale 3.

Geestemünde: USPD. 5604 (5169), RPD. 2025 (2235), Bürgerblock 6691, Wirtschaftsvereinigung 1532.

Lehr: USPD. 9038 (7847), RPD. 2428 (2751) Bürgerblock 8480, Hannover: USPD. 69 488, RPD. 28 150, Demokraten 9096, Bodenreformer 6046, Hannoveraner 36 279, Ordnungsblock 67 179, Böttische 8917, Zentrum 9347.

Stettin: USPD. 28 173, RPD. 18 399, Deutschnationale 22 366, Arbeitnehmer 6085, Deutschsozial 3366, Böttische 9010, Mittelstand 9111, Bürgerliste 9190, Wirtschafts- und Lebensreformer (1) 1917, Unpolitische Liste 7607, Deutsche Volkspartei 6180, Demokraten 5263.

Brandenburg a. d. H.: USPD. 11 694 (10 990), RPD. 4577 (4678), Bürgerblock 13 930, Mandate: USPD. 16, RPD. 6, Bürgerblock 19, Arbeitermehrheit bleibt.

Ludenshalde: USPD. 8012 (16), RPD. 1066 (2), Rechtsblock 2592 (5), Wirtschaftsblock 3872 (7), Sozialdemokratische Mehrheit bleibt.

Hildesheim: USPD. 7347 (11), RPD. 1088 (1), Böttische 667 (1), Hausbesitzer 3982 (4), Mieter 2853 (4), Zentrum 5013 (7), Deutschnationale 2909 (3), Demokraten 1080 (1), Wirtschaftsliste 6108 (9), Niedersachsen 593 (0).

Halberstadt: USPD. 7051 (11), RPD. 2535 (4), Böttische 958 (1), Zentrum 841 (1), Wirtschaftsliste 1855 (3), Bürgerblock 10 828 (18), Kinderreife 139 (0), Mieter 1572 (2).

Mühlhausen i. Thür.: USPD. 3976 (3837), RPD. 3372 (3502), Bürgerblock 8560, Mittelstand 2837, Demokraten 1179 (750), Mandate: USPD. 7, RPD. 6, Demokraten 2, Bürgerblock 16, Mittelstand 8.

Süßbus: USPD. 9555, RPD. 1589, Bürgerblock 5184, Volkspartei 4645, Mittelstand 3447, Deutschsozial 2109, Städtisches Gemeinwohl (1) 1260.

Wirtschaft

Sachverständigenurteilen und Devisenzahlungen.

Einer der wesentlichsten Punkte des Sachverständigenurteils über die Reparationsfrage ist die Forderung, daß Deutschland nicht mehr gezwungen werden darf, ohne Rücksicht auf seine eigene Währung Devisen zur Erfüllung der Zahlungen zu kaufen, sondern daß es seine Leistungspflicht erfüllt hat, wenn es seine Zahlungen in deutscher Währung ausführt. Wie dann die Markzahlungen in

Devisen verwandelt werden, das ist nicht Sache der deutschen Regierung, sondern eines eigens dafür geschaffenen „Agenten für Reparationszahlungen“, dem ein Komitee von internationalen Fachleuten beigegeben ist. Diese Stelle ist also dafür verantwortlich, daß die Uebertragung von Reparationszahlungen ohne Erschütterung der deutschen Mark erfolgt, und eine etwaige neue Gefährdung der Wechselkurse würde die Voraussetzungen der Leistungspflicht Deutschlands zerstören. Der Agent für Reparationszahlungen wird vor einer außerordentlich schwierigen Aufgabe stehen und es ist zum mindesten fraglich, ob er überhaupt imstande sein wird, sie zu erfüllen. Die Erfahrungen der deutschen Devisenbeschaffungsstelle bei dem Erwerb von Reparationsdevisen zeigen das mit aller Deutlichkeit. Die der Geschäftsführer dieses mit der Beschaffung fremder Zahlungsmittel für das Deutsche Reich betrauten Organs in einem Aufsatz ausgeführt, hat nämlich die Festlegung bestimmter Fristen zur Ablieferung von Devisen am Markte der fremden Werte geradezu katastrophale Folgen nicht nur für die deutsche, sondern auch für die übrigen Währungen gezeigt.

Im Mai 1921 hatte die deutsche Regierung innerhalb 26 Tagen 150 Millionen Goldmark und innerhalb weiterer 90 Tage 850 Millionen Goldmark an Devisen aufzubringen. Als die erste Rate abgeliefert werden sollte, fanden zwar etwa 130 Millionen Goldmark in verschiedenen Währungen zur Verfügung, die Reparationskommission bestand aber auf der vollen Summe, und zwar sollte diese unter allen Umständen in Dollar geleistet werden. Am 18. Mai selbstverständlich eine rege Kaufstätigkeit für Dollars gegen englische Pfunde, holländische Gulden, belgische, französische und Schweizer Franken, nordische Kronen und spanische Peseten ein. Die Folge davon war, daß in der Zeit vom 21. Mai, dem Tage, an dem die Reparationskommission auf der Durchführung ihrer Forderung bestand, bis zum 30. Juni 1921 alle beteiligten Währungen gewaltige Kursstürze erlitten. Die norwegische Krone verlor 10 1/2 Proz., also fast ein Fünftel ihres Wertes, der belgische Franc 16, die dänische Krone 16 1/2, der holländische Gulden 14 1/2, die schwedische Krone 13 1/2, der französische Franc 13, das englische Pfund 10 1/2, der Schweizer Franc 9 und die spanische Peseta 5 1/2 Proz. des Wertes. Besonders eigenartig mutet es an, daß nichts nur die neutralen Staaten in den allgemeinen Währungssturm hineingezogen wurden, sondern daß insbesondere die Entente, der die Zahlung zugute kommen sollte, mit erheblichen Einbußen im Geldwerte ihre Forderung beglichen mußte!

Der Geschäftsführer der Devisenbeschaffungsstelle führt weiter aus, daß in Zeiten der Markbesserung wiederholt ganz erhebliche Devisenlöhne für Reichsmark gekauft werden konnten, ohne den Kurs zu beeinträchtigen. Dieser Hochmann hofft von dem Vorschlag der Sachverständigen, daß durch ihn in alle europäischen Währungen eine größere Stabilität gebracht werden könnte, wenn der Agent für die Reparationszahlungen richtig arbeitet. Das wieder würde auf die gesamte Weltwirtschaft, der heute die Währungschwankungen außerordentlich schaden, einen günstigen Einfluß ausüben.

Die Hauptsache bleibt aber, daß durch die Möglichkeit der Ausfuhr der Zahlungen die deutsche Reparationspflicht von vornherein auf ein Maß begrenzt wird, das eine neue Gefährdung der Währung ausschließt. In diesem Punkte unterscheidet sich das Sachverständigenurteil ganz wesentlich von allen bisherigen Versuchen einer Lösung der Reparationsfrage.

Die Großhandelspreise steigen weiter.

Die auf dem Schlußtag des 6. Mai berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 29. April (124,6) um 0,3 Proz. auf 125,2 gestiegen. Von den Hauptgruppen sanken in der gleichen Zeit die Lebensmittel von 110,6 auf 110,3 oder um 0,3 Proz., davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 93,3 auf 92,4 oder um 1 Proz., während die Industriestoffe von 150,9 auf 153 oder um 1,4 Proz. davon die Gruppe Kohle und Eisen von 141,7 auf 145,5 oder um 2,7 Proz. anjog. Die Inlandswaren stiegen von 113,3 auf 114,1 oder um 0,7 Proz., die Einfuhrwaren dagegen Industriestoffe und der Einfuhrwaren sowie die Gesamtindexziffer von 151,2 auf 150,6 oder um 0,3 Proz. nach. Die Indexziffern der vom 29. April sind infolge nachträglicher Veränderung einer Preisnachweisung berichtigt.

Für den Durchschnitt des Monats April ergibt sich eine Steigerung der Großhandelsindexziffer von 120,7 auf 124,1 oder um 2,8 Proz. Von den Hauptgruppen stiegen in der gleichen Zeit die Lebensmittel von 106,4 auf 109,7 oder um 3,1 Proz., die Industriestoffe von 147,4 auf 150,9 oder um

Besonders billige Angebote für den Frühjahrbedarf

Table with 4 columns: Herren-Konfektion, Damen-Konfektion, Damen-Kleider, Schuhe und Stiefel. Lists various clothing items and their prices.

Kleider-Vertrieb G. m. b. H. Kommandantenstraße 80-81. 2. Verkaufsstelle: Osten, Warschauer Str. 33. 3. Verkaufsstelle: Lichtenberg, Frankfurter Allee 82. 4. Verkaufsstelle: Neukölln, Berliner Str. 47-48, Eingang Dönninstraße. 5. Verkaufsstelle: Norden, Müllerstr. 181

2,4 Proz. die Inlandsmark von 108,2 auf 111,7 oder um 3,2 Proz. und die Einfuhrmarken von 182,8 auf 185,6 um 1,5 Proz.

Festwertanleihen im Monat April

Der Kapitalmarkt in Deutschland wird immer enger. Die Schwierigkeiten, Darlehen zu erhalten, werden immer größer. Dem entsprechend steigt der Zinsfuß unaufhörlich. Für kurzfristige Darlehen — das sind solche bis etwa drei Monate Laufzeit — wird bereits eine Verzinsung von 40 bis 60 Proz. im Jahr gefordert. Für langfristige Darlehen kommen natürlich derart hohe Zinssätze nicht in Frage. Dafür aber ist Kapital für lange Fristen so gut wie gar nicht zu erhalten. Die Aufnahme neuer langfristiger staatlicher oder kommunaler Anleihen sowie die Ausgabe neuer Pfandbriefe der Bodenkreditinstitute ruhen im Monat April fast gänzlich. Der fortschreitende Verfall des Marktes der festverzinslichen Anleihen zeigt sich in den rapide sinkenden Kursen der Goldpfandbriefe der Hypothekendarlehen. Die folgende kleine Tabelle stellt die Kursentwicklung der fünfprozentigen Gold-Hypothekendarlehen dar, soweit sie an der Berliner Börse nötiger werden. Die Kurse verstehen sich in Goldmark für 1 Gramm Feingold (= 2,71 Goldmark).

	1. 4.	10. 4.	21. 4.	30. 4.
Berliner Hypothekendarlehen	1,55	1,42	1,45	1,35
Franfurter Pfandbriefbank	1,39	1,00	1,10	1,00
Leipziger Hypothekendarlehen	1,38	1,00	1,10	1,00
Reininger Hypothekendarlehen	1,38	1,00	1,45	0,98
Norddeutsche Grundkreditbank	1,38	1,00	1,10	—
Preussische Bodenkreditbank	—	1,10	1,20	1,00
Kommunalobligationen	—	1,48	1,40	1,20
Schlesische Bodenkreditbank	1,48	1,40	1,20	1,00
Weidendeutsche Bodenkreditbank	1,48	1,40	1,20	1,00
Durchschnittl. Wert der 5 Kurse	1,43	1,17	1,22	1,04

Im Laufe des Monats April ist also der durchschnittlich für

1 Gramm Feingold gezahlte Preis von 1,43 Goldmark auf 1,04 Goldmark gesunken. Dementsprechend ist die Realverzinsung für den Käufer der Pfandbriefe von 9,75 Proz. auf 13,45 Proz. im Jahr gestiegen. Ein derartig rascher Verfall des Marktes der Goldpfandbriefe wie im Monat April war noch in keinem Monate vorher, seit Stabilisierung der Markt im November v. J. zu beobachten gewesen. Es muß daran erinnert werden, daß die Realverzinsung der Pfandbriefe am 10. Dezember v. J. erst 6,87 Proz. im Jahr betrug. Die Realverzinsung hat sich also seitdem fast verdoppelt. Diese Zahlen spiegeln die Notlage wider, in der die gesamte deutsche Wirtschaft, nicht zum wenigsten aber die Klasse der Arbeiter, Angestellten und Beamten, sich befindet.

Dr. R.

Reichsbankausweis. Wie schon in unserem gestrigen Börsenbericht erwähnt wurde, hat die Reichsbank den Kreditanforderungen der Privatwirtschaft am Ultimo April nur in geringfügigem Umfang entsprochen. Die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank weist demnach auch in der letzten Aprilwoche nur eine Zunahme um 23,7 auf 2165 Millionen Goldmark auf. Der Notenumlauf erfuhr jedoch eine größere Zunahme, weil sowohl Reich als Private Gläubiger der Wirtschaft in erheblichem Maße, nämlich mit 120 Millionen Goldmark, Gelder abgaben. Der Umlauf der Papiermarknoten stieg demnach um 102,9 auf 776,9 Millionen, der an Rentenmarkt um 90 auf 1743 Millionen Rentenmarkt. Die Vermehrung des Rentenmarkumlaufes konnte ohne Erhöhung des Darlehens der Reichsbank bei der Rentenbank durchgeführt werden, indem die Reichsbank ihren Bestand an Rentenmarkt entsprechend verminderte. Die Reichsbank konnte von den bei ihr hinterlegten Rentenmarkwechseln weitere 10 Millionen Mark am freien Markt unterbringen und ihre eigene Belastung entsprechend abschwächen.

Starker Rückgang der industriellen Gründungstätigkeit. In der Inflationszeit überstürzte sich die Gründungstätigkeit in Industrie und Handel. Neue Unternehmungen schossen wie Pilze empor, oft erweiterten ihre Kapitalbasis. So kam es, daß die Zahl der deut-

schen Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung Ende 1913 bis Ende 1923 sich rund verdreifachte. Die Gründungstätigkeit hat nun seit der Stabilisierung der Markt, der Verschärfung der Kreditknappheit und dem Sturz der Aktienkurse stark nachgelassen. Die Zahl der Neugründungen von Aktiengesellschaften betrug noch im Dezember vorigen Jahres 797, sie sank im Januar auf 711 und dann während des Februars kurzzeitig auf 242. Auch die Kapitalerhöhungen verminderten sich in ähnlichem Ausmaß. Noch im Dezember letzten Jahres hatten 523 Gesellschaften neues Kapital anfordert, im Februar waren es hiergegen nur 161. Eine wachsende Zahl der neugegründeten Gesellschaften stellt ihr Kapital von vornherein auf Goldmark. Im Februar waren es 35, darunter sechs Unternehmungen der Radioindustrie. Der Rückgang der Neugründungen erstreckt sich am stärksten auf Handel und verarbeitende Industrien, während die Gründungstätigkeit im Bergbau und in der Schwerindustrie im Februar noch verhältnismäßig lebhaft war.

Noch eine Insolvenz. Die Bankfirma Walter Goldschmidt u. Co. A.-G. in Bonn und Köln ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten und hat Geschäftsaufsicht gegen sich beantragt.

Frankenkrise und Saarindustrie. Die Forderungen des französischen Frankens lassen seit seiner Einführung im Saargebiet das Wirtschaftstreiben nicht mehr zur Ruhe kommen. Die starke Frankenhausse hat der saarländischen Wirtschaft neue Schwierigkeiten in der Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten gebracht. Die Folge davon ist, daß z. B. die Tafelglashütte von Popeluis in Wenzel 850 Arbeiter mit 14tägiger Kündigungsfrist entlassen hat und eine Herabsetzung der Löhne um 20 Proz. fordert. Des Röchling-Werks hat 500 Mann entlassen und den Mantellorif zum 31. Juli gekündigt. Die Industrie erklärt, daß die Böhne gedrückt, die Kohlenpreise erniedrigt und die Eisenbahnfrachten ermäßigt werden müßten. Dabei ist von der noch viel notwendigeren Preiserhöhung im Saargebiet nichts zu merken.

ALS MAN DES KÖNIGS GRAB ENTDECKT

— ooo —

DA SAHEN ALLE GANZ ERSCHRECKT

o o o o

DASS AUS DEM MUND DES PHARAO —

— ooo —

RAGT EINE DOTA RADIO

DOTA

Radio Radio

Olitzki-Maertens

(10)

DIE VORZÜGLICHE 2 PFG. ZIGARETTE VON RUF

Servus

Terpentin-Schuhputz

macht wasserdicht

Chem. Werke Lützow & Co. A.-S. Berlin-Ulmerberg

LUNAPARK

ERÖFFNUNG

Sonnabend, 10. Mai

Triebberg

Mildes Frühjahr in intens. Sonnestrahl, temp. Sommer, prächt. Herbst, hervorrag. Winter f. Ski, Bobsleigh (Kunsthahn), Rodel, Eislauf, Tennis, Schwimmen, Höhenrouten, Leichtathletik, Dir. Schnellzüge. Unterkunft f. alle Anspr. M.A.R. Preise, Ausnahm. Billig. Familien (Städ.)

Residenz-Th.

Kunst. Leb. Emil Lind

Tägl. 8 Uhr

Hinkemann

von Ernst Tollner

Georg. L. Wipar, 200a

Casino-Theater

Lothringer Str. 37.

Tägl. 8 Uhr

Wieder in neue Saison

Puccini's Martha

Isabella in der letzten Vorher: D. Herr aus Kyrill. Posse! 1 Akt und ein sehr lust. Teil

Metropol-Varieté

Behrenstr. 54

8 Uhr

Das internationale Varieté-Programm!

Krause-Pianos zur Miete

Ansbacher Str. 1.

Das beste Instrument

Necht

Tabakwaren

Zigaretten, Zigarren, Tabak billig

Lindenstr. 81

Trumerpenden

1924

hier ist die wertvollste Paul Gollert, normaler Kunst, Martiansenstr. 3. Tel.: Reichstr. 10800

Frühjahrs Neuheiten

Damenmäntel und Kostüme

neue eleg. Formen in allen Größen

Arbeitsstube

Fr. E. Karthäuser, Neu-Lägerstr. 60

Teilzahl. gestattet

Blut-

reinigung, ein. Rotunreinigung, Ausreinigung, Ausreinigung, Ausreinigung

„Sartaria“ die wirksamste Kur B. 1,20. Nur drei Wochen 33 4,25. In Progeria und Nephritis, f. 100.00

Dr. Reichel, Berlin 43

50. Eisenbahnstr. 4.

Wine-Queen

Gastspiel

Karsavina

über 60 Jahre

Varieté-Spielplan

Reizvoll!

Theater a. Kottb. Tor

Kottbuser Straße

1. 8 Uhr u. Sonntag nachm.

3 Uhr

Elite-Sänger

in neuer Besetzung

hier festlich!

Kustamerl. 1. 100.00

SOAL

8 Uhr

Ausland-Sensationen

und **Dempsey-Firpo**

Staats-Theater

Opernhaus

1/2 Uhr: **TOSCA**

Opernhaus am Königsplatz

1/2 U: **Mona Lisa**

Schauspielhaus

1/2 U: **Peer Gynt**

Schiller-Theater

1/2 U: **König Nicolo**

Deutsch. Theater

1/2 Uhr: **Der Graf von Charolais**

Kammerspiele

8 Uhr: **Wetterleuchten**

Volksbühne

7 1/2 U: **Vasantasara**

Lessing-Th.

Heute u. morgen 8: **Kolportage**

Sbd. 7 1/2 u. 1. Male

Der Wissenswurm

Sonnt. u. Mont. 7 1/2 U: **Der Wissenswurm**

Admiralspalast

Allabendlich 7 1/2 U: **Drunter u. drüber**

Die Weltensaison: D. Wund. 4 Schatten

Deutsch. Opernhaus

1/2 U: **Der fliegende Holländer**

Eckard, Zohsel, Rode, Mark-Löders

Gottlieb, Werner

Infimos Theater

8: **Crope Georgette** usw.

Metropol-Theater

1/2 U: **Karneval der Liebe**

Sommerprezise!

Thalia-Theater

More-Freit. 7 1/2 U: **Wiedereröffnung**

Frasquita

Vorverk. Theaterk. und Wadiszewski

8 U: **Die Lichte Welt**

Das Radiomodel

Gr. Schauspielhaus

7 1/2 U: **Gasparone**

Theater f. d. Königsplatz

Täglich 8 Uhr: **So ist es — Ist es so?**

Berliner Theater

Täglich 7:30: **Das Weib im Purpur**

Theater am Kollindorplatz

7:30 U: **Die Perlen der Cleopatra**

Trilanon-Theater

3 U: **Zapfenstreich**

G. Alexander, 1. Fährstraße

10. März. 8. 7. 0/20

Gr. Kleines Th.

Carola Toebe, Erich Kaiser-Titz in **Eine galante Nacht**

Rose-Theater

7 1/2 Uhr: **Familie Raffke**

Thalia-Theater

More-Freit. 7 1/2 U: **Wiedereröffnung**

Frasquita

Vorverk. Theaterk. und Wadiszewski

8 U: **Die Lichte Welt**

Das Radiomodel

Wine-Queen

Gastspiel

Karsavina

über 60 Jahre

Varieté-Spielplan

Reizvoll!

Theater a. Kottb. Tor

Kottbuser Straße

1. 8 Uhr u. Sonntag nachm.

3 Uhr

Elite-Sänger

in neuer Besetzung

hier festlich!

Kustamerl. 1. 100.00

SOAL

8 Uhr

Ausland-Sensationen

und **Dempsey-Firpo**

Rennen zu Karlshorst

Donnerstag, d. 8. Mai, nachm. 3 Uhr

Oreadian-Jagdrennen

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Achtung! Betriebsstätte Achtung!

Die Nummer 5 der Betriebsstätte ist erschienen und kann gegen Bezahlung der Legitimationskarte des Mannes der Betriebsstätte in unserem Bureau, Zimmer 3, in Empfang genommen werden.

Achtung! Silberhochzeit Achtung!

Freitag, den 9. Mai, nachm. 5 Uhr

im **Deutscher Garten**, Dresdenstr. 45

Branchenversammlung

Tagungsordnung: 1. Bericht über unsere Lohnverhandlungen. 2. Diaballo.

Freitag, den 9. Mai, nachm. 8 Uhr

im **Gewerkschaftshaus**, Engelstr. 24

Branchenversammlung

der Metallformer und Berufsgeossten.

Tagungsordnung: Beschlußfassung über den Schiedsgericht.

Sonnabend, den 10. Mai, bei Sachse

Diabowstr. Straße 25

Branchenversammlung

der Kesselschmiede und der dazu gehörigen Berufe.

Verfügbares Erscheinen erst im Berufsbeschlüssen ist Pflicht.

Die Orisierwahrung.

Besonders **billig!**

wirken sind die **KLINGEN** **billig!**

in der **Orisierwahrung** **billig!**

in **Orisierwahrung** **billig!**

Am Dienstag, den 6. Mai, entließ sich nach langen, mit unendlicher Geduld ertragenen Leiden, meine treue Lebensgefährtin, unsere liebe, gute Mutter, Schwieger- und Großmutter **Luise Wildgrube geb. Beer** im Alter von 50 Jahren.

In tiefer Trauer

Paul Wildgrube
Margarete Werner
geb. Wildgrube
Edith Werner

Reutbahn, den 6. Mai 1924.
Bekehr. 48.

Die Amäufierung findet Sonnabend, 10. Mai, 8 Uhr nachmittags, im Krematorium Baumgärtchenweg statt.

Am Dienstag verließ nach langer, schwerem Leiden, infolge einer Operation, zwei Wochen vor unserer Silberhochzeit, mein einziges Weib, meine liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter, meine liebe Tochter, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante, meine liebe Freundin **Hedwig Scholz** im 47. Lebensjahre.

In Namen der trauernden Hinterbliebenen

Richard Scholz,
O 34, Weidenstr. 3.
Einführung: **Montag, 12. Mai,** abends 6 Uhr, im Krematorium Baumgärtchenweg.

Daufragung.

Für die Beweile antichip. Teilnahme und schönen Blumen werden bei der Beerdigung meines lieben und geliebten Mannes, Sohnes, Bruders, Schwiegerohnes und Schwagers, des **Alan rmanow** **Erich Lischke** haben wir allen sowie dem Herrn Portier Solle unsern herzlichsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen **Berta Lischke geb. Haupt**, Wühlstr. 36/21.

Berichtigung.

Im Infanterie Schützenkol. **Rehndt**, **Münster**, 25. in der **Margaretenstraße** 6. b. 22. muß es heißen: **Kinderstiftel**, Größe 23-24, M. 2,90 und nicht Größe 23-24.